

LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

1. ÖKOLOGISCH

Nord- und Ostsee, Wattenmeer, Strände, Wälder, Seen, Grünland - Schleswig-Holstein ist von einer vielfältigen und einzigartigen Natur geprägt. Die Natur ist Grundlage allen Lebens – auch für uns Menschen. Naturschutz ist kein Luxus, sondern existenzielle Notwendigkeit! Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist der Kern grüner Politik. Wir haben nur diese eine Erde und treten dafür ein, dass auch unsere Kinder und zukünftige Generationen ihre eigene Zukunft auf dieser Erde frei gestalten können.

Ökologische Politik wirkt auch sozialpolitisch. Sie schützt alle Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verantwortungsloser Politik.

Besonders Schleswig-Holstein wird vom Klimawandel betroffen sein: Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels werden Landschaften und unsere gewohnte Umgebung verändern. Es liegt heute in unserer Verantwortung, den Klimawandel zu stoppen. In dieser Verantwortung machen wir Politik für Schleswig-Holstein!

Wir bringen Schleswig-Holstein voran, indem wir auf Nachhaltigkeit setzen: mit Klima- und Ressourcenschutz in der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik, mit Umwelt- und Naturschutz, mit einer Neuorientierung in der Landwirtschaft. Dabei folgen wir dem Ansatz "Global denken, lokal handeln".

Umwelt- und Naturschutz / Wir bewahren die natürlichen Grundlagen für gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein ist in ihrem Fortbestand bedroht. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten Wahlperiode werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind. Wir wollen die kargen Straßenränder in blühende Wiesen umwandeln, die insbesondere in den blütenarmen Sommermonaten den Bienen und vielen anderen Insekten ein reichliches Pollen und Nektarangebot bereitstellen. Die Landesentwicklungsstrategie zielt auf eine Überarbeitung der Regionalpläne, um den Flächenverbrauch etwa durch Siedlungen, Straßen und Gewerbegebiete zu verringern.

Bundesweit soll der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert

42 werden. Für Schleswig-Holstein streben wir eine Reduktion auf 1,5 Hektar pro Tag
 43 an. Bis 2030 wollen wir mithilfe eines intelligenten Flächenmanagements und
 44 –recyclings eine Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

45 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.114: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

46 Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein
 47 gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Legislatur haben wir
 48 mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das
 49 Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und
 50 Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf
 51 unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf
 52 sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei
 53 Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten
 54 Legislatur werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur
 55 Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu
 56 erzielen sind.

59 Der Schutz gesunder Böden ist integrativer Bestandteil grüner Politik. Der Boden
 60 ist das einzige Umweltmedium, bei dem alle Versuche einer europaweiten Regelung
 61 bisher gescheitert sind. Dabei sind Böden umwelt-, klima- und nicht zuletzt
 62 wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ihre vielfältigen Funktionen sind
 63 elementar für Mensch und Umwelt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich der Bund
 64 in Brüssel für die Einführung einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie stark macht.

66 Um der Flächenversiegelung zu begegnen, werden wir Projekte zur Entsiegelung
 67 versiegelter Flächen auch in Zukunft fördern.

68 **Natur in gemeinsamer Verantwortung schützen**

69 Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sind für uns GRÜNE wichtige
 70 Instrumente zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt in der vom Menschen
 71 geprägten Kulturlandschaft. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, sie finanziell
 72 zu stärken. Wo Freiwilligkeit nicht ausreicht, setzen wir auf gesetzliche
 73 Regelungen.

74 Die Agrarumweltmaßnahmen wollen wir über die Umschichtung der europäischen
 75 Agrarsubventionen (Flächenprämie) in einer neuen integrierten Strategie ausbauen,
 76 die Umwelt und Landwirtschaft zusammendenkt. Das dient Umwelt und Tieren und
 77 sichert das Einkommen der Bäuer*innen.

78 Die Stiftung Naturschutz, die Naturschutzverbände, die lokalen Aktionen und die
 79 Freiwilligen im ökologischen Jahr sehen wir als starke und unerlässliche Partner,
 80 die wir auch weiterhin unterstützen.

81 Viele Tätigkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dazu geeignet,
 82 Geflüchtete zu integrieren. Wir werden bereits begonnene Kooperationen mit
 83 Organisationen der Flüchtlingshilfe stärken und den Ausbau neuer Netzwerke
 84 unterstützen. Auf diese Weise bringen wir ökologische und soziale Aspekte noch
 85 enger zusammen.

86 Die vier bestehenden Integrierten Naturschutz-Stationen im Land leisten einen
 87 wichtigen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige
 88 Entwicklung unserer Regionen. Wir werden eine weitere Station in der Holsteinischen
 89 Schweiz einrichten.

90 Wir verbinden Naturschutz mit Natur-Tourismus und leisten damit auch einen Beitrag
91 zur regionalen Wirtschaft.

92 Mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ wollen wir das Schutzgebiets- und
93 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein fortentwickeln. Die Pflege kulturgeprägter
94 Lebensräume (wie z.B. Offenlandschaften oder Orchideenwiesen) oder durch
95 Nährstoffeinträge beeinträchtigter Lebensräume (wie z.B. Küstendünen) werden wir
96 sicherstellen. Gleichzeitig soll es ein Umsetzungsprogramm zur Entwicklung von
97 Wildnisgebieten auf zwei Prozent der Landesfläche (gut 31.000 Hektar) geben.

98 **Weiden, Wiesen, Knicks und Wälder**

99 Für den Knick- und Grünlandschutz haben wir in dieser Wahlperiode viel erreicht.
100 Wir werden die, zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen vereinbarten
101 Maßnahmen zur Pflege der prägenden Landschaftselemente sowie die gesetzlichen
102 Bestimmungen zum Erhalt des arten- und strukturreichen Dauergrünlandes, weiter
103 fördern und ausbauen.

104 Moorschutz- und Auenprogramme des Landes sind wichtige Instrumente des
105 Klimaschutzes und der Entwicklung von biologischer Vielfalt. Vernässte Moore senken
106 den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, die Renaturierung von Auen schafft
107 wertvolle Lebensräume und schützt vor den Folgen von Hochwasser. Wir werden diese
108 Programme auch zukünftig forcieren. Ob und wie wir weitere CO₂-Senken schaffen
109 können, wollen wir prüfen: etwa Terra Preta, oder der Einsatz von Holz als Bau- und
110 Werkstoff.

111 Gemeinsam mit dem Landesjagdverband, der Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd und den
112 Naturschutzverbänden wollen wir die Grundlagen für ein modernes Jagdrecht schaffen,
113 das den Zielen des Arten- und Naturschutzes gerecht wird.

114
115 Erlegtes Wild soll verwertet werden und Tierarten, deren Bestände sehr klein oder
116 nicht stabil sind, wollen wir vor der Bejagung schützen.

117 Ein neues Waldgesetz soll die naturnahe Waldbewirtschaftung sowie den Artenschutz
118 im Wald stärken. Der landeseigene Wald hat dafür eine Vorbildfunktion. Wir werden
119 die Organisationsstruktur der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten untersuchen
120 und gegebenenfalls umbauen. Ziel ist dabei auch eine stärkere Berücksichtigung der
121 Allgemeinwohlleistungen.

122 Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Bildungsaufgaben, so sollen etwa Wald-
123 Kindergärten Rechtssicherheit (z.B. durch eine baldige Änderung der
124 Landesbauordnung) erhalten und ihre Bauwagen weiterhin in Wäldern aufstellen
125 dürfen.

126 **Verantwortungsvolle Naturschutzpolitik**

127 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder regelmäßig Wölfe durch
128 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
129 intensivieren und gemeinsam mit Landwirt*innen den Schutz der Schafherden zu
130 verbessern. Die Rückkehr der Wölfe hat viele Menschen verunsichert, vor allem auch
131 die Schäfer*innen. Die Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts beunruhigt die
132 Imker*innen, die vergrößerte Seeadlerpopulation ist im Konflikt mit dem
133 Windkraftausbau, Kormorane fressen aus den Teichen der Fischer*innen, die
134 Gänsepopulationen haben sich stark vermehrt und fressen an der Westküste die
135 Erträge der Bäuer*innen. Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikten offen
136 gegenüber zu stehen. Wir werden diesen Situationen nicht mit einer einäugigen
137 Verordnungspolitik begegnen. Verantwortungsvolle Umweltpolitik sucht den Dialog mit

138 allen Betroffenen. Wir werden weiter Lösungen erarbeiten, auch mit finanziellem
139 Ausgleich, die sowohl der ungebändigten Natur dienen wie auch dem Sicherheits- und
140 Schutzbedürfnis des Menschen – ein nicht immer einfacher Ausgleich.

141 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder Wölfe durch
142 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
143 intensivieren. Gemeinsam mit Landwirt*innen werden wir etwa den Schutz der
144 Weidetiere verbessern.
145 Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikte zu erkennen und ihnen offen zu
146 begegnen. Verantwortungsvolle Grüne Politik sucht den Dialog mit Beteiligten.
147 Wir haben in Regierungsverantwortung dort, wo Naturschutz und Nutzen,
148 Sicherheitsbedürfnis oder wirtschaftliche Interessen aufeinander treffen, den
149 Dialog gesucht und Lösungen erarbeitet.

150 **Sauberes Trinkwasser für alle**

151 Unser Trinkwasser beziehen wir in Schleswig-Holstein zu fast 100 Prozent aus dem
152 Grundwasser. Insgesamt ist es noch von guter Qualität. Wasserversorger warnen
153 allerdings zunehmend vor den Folgen steigender Schadstoffbelastungen in unseren
154 unterirdischen Wasserressourcen durch industrielle Schadstoffeinträge und immer
155 höhere Pestizid- und Nitratbelastungen als Folge einer intensiven Landwirtschaft.
156 Brunnenschließungen aufgrund intolerabler Schadstoffkonzentrationen zeigen, dass
157 wir dringend handeln müssen.

158 Wir fordern ein striktes Düngemanagement und setzen uns für eine deutliche
159 Reduzierung der Nährstoffeinträge ein. Unsere Stimme soll im Bund dazu beitragen,
160 die nötigen Rechtsvoraussetzungen zu schaffen. Ausserdem setzen wir uns auf
161 Bundesebene für die Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Stickstoff und Pestizide
162 als wirksames Instrument ein.

163 Entscheidend ist aber, dass wir im Land selbst Bescheid wissen über die Belastung
164 des Grundwassers. Darum setzen wir uns für eine Modernisierung der
165 Trinkwasserverordnung an zeitgemäße Anforderungen im Hinblick auf neue
166 Schadstoffgruppen und eine Verbesserung der Trinkwasserüberwachung ein. Desweiteren
167 werden wir mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz", in den auch die
168 Wasserversorger einbezogen sind, ein Pestizid- und Düngekataster erarbeiten. Es ist
169 unser Ziel, die regelmäßig landesweit erhobenen Daten zur Grundwasserqualität
170 transparent zusammenzuführen, die wir als Open Data der Öffentlichkeit zugänglich
171 machen.

172 Wir setzen uns dafür ein, dass in Trinkwassergewinnungsgebieten strengere Auflagen
173 durchgesetzt werden als bisher und diese auch wirksam kontrolliert werden, damit
174 wertvolle Grundwasservorkommen auch für zukünftige Generationen noch nutzbar sind.

175
176 Die Ertüchtigung der kleinen Klärwerke bzw. der Anschluss kleinerer Gemeinden an
177 leistungsfähige größere Klärwerke ist anzustreben, die nötigen Finanzmittel hierfür
178 sind bereitzustellen. Der anfallende Klärschlamm muss umweltgerecht entsorgt werden
179 und sollte nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen verklappt werden.

180 Über die Einbeziehung der Uferstrandstreifen in die Ökokontenverordnung wollen wir in
181 den nächsten Jahren alle großen Fließgewässer mit einem zehn Meter breiten
182 Randstreifen schützen.

183
184 Überall dort, wo es auf Grund der Beschaffenheit und des Umfeldes der Flächen für
185 Randstreifen ökologisch sinnvoll und möglich ist, sollen Blühstreifen entstehen.

186 Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und des natürlichen Artenspektrums fördern wir
187 das Ausbringen autochthonen Saatguts.

188 Die mit dem Bauernverband geschlossene „Allianz für Gewässerschutz“ ist jetzt auf
189 ihren Erfolg hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

190 Die Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir
191 verstärken, insbesondere durch Maßnahmen zur Reduktion des Nährstoff- und
192 Pestizideintrags am gesamten Gewässernetz in Schleswig-Holstein.

193 **Schluss mit Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer**

194 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
195 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
196 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Das Konzept „Wattenmeer 2100“ zeigt
197 die Richtung auf. Dieses einzigartige Naturschutzgebiet wird noch immer stark
198 genutzt. Es ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
199 und Bohrungen im Wattenmeer lehnen wir ab. Außerdem werden wir rechtssichere
200 Möglichkeiten suchen, um die Förderung von fossilen Brennstoffen im Wattenmeer und
201 gesamt Schleswig-Holstein so schnell wie möglich komplett zu beenden. Wir werden uns
202 auf Bundesebene auch weiterhin mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass das
203 aus der Kaiserzeit stammende Bundesbergrecht geändert wird, damit Erkundungen
204 zukünftig rechtssicher untersagt werden können. **In der Landesverordnung über die
205 Feldes- und Förderabgabe werden wir die bisher absetzbaren Feldesbehandlungskosten
206 schrittweise auf null reduzieren. Bisher können die Erdöl-Förderunternehmen neben
207 den eigentlichen Förderkosten sogar noch Verwaltungskosten absetzen, das alles geht
208 vom Förderzins und damit vom Anteil unseres Landes Schleswig-Holstein ab und bringt
209 den Erdöl-Förderunternehmen unnötig hohe Gewinne.**

210 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.103: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

211 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von
212 internationaler Bedeutung und nicht nur ein wichtiger Beitrag Schleswig-Holsteins
213 zum Naturschutz, sondern auch ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor –
214 beides wollen wir stärken. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert
215 unterstützen.

216
217 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
218 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
219 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Die „Strategie für das Wattenmeer
220 2100“ des Landes zeigt die Richtung auf.

221 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**

222 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet von internationaler
223 Bedeutung. Er ist für den Naturschutz in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung
224 und zudem längst ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides gilt
225 es zu stärken.

226 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.129: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

227 Der Nationalpark als einzigartiges Schutzgebiet wird aber noch immer stark genutzt.
228 Für uns ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
229 lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das veraltete
230 Bundesbergrecht so geändert wird, dass diese rechtssicher untersagt werden können.

231 Das betrifft genauso unsere anderen Schutzgebiete an Nord- und Ostsee. Die
232 betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.

233 Alle zwei Jahre soll der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee in einem
234 „Meeresbarometer“ evaluiert und öffentlich transparent dargestellt werden.

235 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**

236

237 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.155: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

238 Wir wollen die regionale Krabbenfischerei erhalten und gleichzeitig einen
239 effektiven Schutz sensibler Gebiete im Wattenmeer erreichen. Ähnlich dem
240 „Muschelkompromiss“ für eine regulierte Muschelfischerei streben wir mit den
241 Krabbenfishern und den betreuenden Verbänden eine Vereinbarung über die weitere
242 Nutzung und die Einrichtung nutzungsfreier Zonen im Nationalpark an.

243 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
244 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
245 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
246 Jungfisch-Schutzzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
247 bestehenden Schutzgebieten und den Tidebecken und darüber hinaus. Auch Ruhezeiten in
248 Offshore-Windparks wollen wir zur Erholung der Natur nutzen. Sie sichern zudem
249 langfristig die Ertragsgrundlagen unserer heimischen Fischerei und bieten
250 Attraktionen für sanften Tourismus.

251 Ersetze Zeilen 129 - 150

252 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
253 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
254 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
255 Jungfisch-Schutzzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
256 bestehenden Schutzgebieten, im Watt orientiert an den Tidebecken, aber
257 erforderlichenfalls auch darüber hinaus.

258 In den Wattenmeer-Nationalparks sollen mindestens drei Viertel der Tidebecken für
259 Grundschleppnetze geschlossen werden, damit sich die Fischbestände und der
260 Meeresboden erholen können. Im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee soll die
261 Kutterfischerei mit Netzen in einem Bereich bis 3000 Meter zur Küstenlinie
262 eingestellt werden. Dies gilt als erstes in den FFH-Gebieten.

263 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig weil die Grundschleppnetzfisherei den
264 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
265 umpflügt und dadurch, auch im Nationalpark, das Ökosystem immens beeinträchtigt.

266 Offshore-Windparks sollen Schutzzeiten für die Natur unter Wasser bleiben. Sie
267 sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen der heimischen Fischerei.

268 In freiwilligen Vereinbarungen oder der Gesetzgebung soll sich deutlicher als
269 bisher widerspiegeln, dass das Fischen mit Grund- und Stellnetzen in
270 Meeresschutzgebieten und Flachwasserzonen verringert werden muss.

271 Wir suchen den Dialog mit den Fischer*innen, dem Naturschutz und der Forschung, um
272 neue, naturschonende Verfahren zu entwickeln und zu fördern.

273 Küstenferne Gebiete mit Ansammlungen von Tauchvögeln sollen während der gesamten
274 Rastperiode der Tauchvögel für die Stellnetzfisherei geschlossen werden

275 Um die Fischbestände zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die
276 Freizeitfisherei zukünftig in die Festsetzung von wissenschaftlich fundierten
277 Fangquoten einbezogen sowie konsequent kontrolliert wird. Für von besonders

278 bedrohten Teilbeständen betroffene Fischer*innen werden wir Überbrückungs- und
279 Umstiegshilfen anbieten.

280 Wir wollen es unserer handwerklichen Fischerei ermöglichen, auch in Zukunft
281 nachhaltig und umweltschonend zu wirtschaften. Dabei werden wir auch Mittel aus dem
282 EU-Fischereifonds einsetzen, um die Küsten- und Binnenfischerei umweltverträglich
283 weiterzuentwickeln. Für besonders bedrohte Teilbestände werden wir Überbrückungs-
284 und Umstiegshilfen anbieten.

285 Um die Fischbestände dauerhaft zu sichern und Arten zu erhalten, halten wir der
286 wissenschaftlichen Expertise entsprechende Fangquoten und detaillierte Regelungen
287 (z.B. zu Beifang und no-take-zones) für erforderlich. Auch die Freizeitfischerei
288 soll über die Einbeziehung in die Quotenregelung einen angemessenen Beitrag zur
289 Schonung der Bestände leisten.

290 **Gefährliche Altmunition aus dem Meer bergen**

291 Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in
292 Nord- und Ostsee. Aufgrund hoher Durchrostungsgrade drängt die Zeit. Wir bekräftigen
293 daher unsere Forderung nach der Einführung eines Munitionskatasters, in dem die
294 Lage und Art der Munitionsreste zusammengetragen und diese Informationen als Open
295 Data zur Verfügung gestellt werden.

296 In der vergangenen Legislatur wurden, ausgehend von Schleswig-Holstein, alternative
297 Bergungstechnologien entwickelt, so dass Munition, ohne die bislang bei Sprengungen
298 übliche Gefährdung der Meeressäuger, geborgen werden kann. In der nächsten
299 Legislatur wollen wir diese Technik in Schleswig-Holstein zum Einsatz bringen.

300
301 Wir werden uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die
302 Bergung atomarer militärischer Hinterlassenschaften der Sowjetunion und des
303 verklappten Atommülls verschiedener Staaten finanziert wird. Dazu werden wir auch
304 die Arbeitsgemeinschaft der Anrainer-Staaten von Nord- und Ostsee ggf. in zwei
305 getrennten Runden nutzen, um das Problem des verklappten Atommülls und der
306 gesunkenen Atom-Uboote zu lösen. Wir können nicht darauf hoffen, dass die Meere
307 diese Probleme für uns irgendwann lösen werden, das müssen wir zumindest mit den
308 strahlenden Abfällen, die überhaupt noch zu bergen sind, schon selber machen.

309 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.105: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

310 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten leistet unter der Federführung von
311 Schleswig-Holstein gute Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen. Insbesondere
312 die Forschung und Entwicklung umweltschonender Bergungstechniken, die Sprengungen
313 vermeiden, wollen wir weiter vorantreiben und schnellst möglich zum Einsatz
314 bringen.

315 **Unser Einsatz gegen Schadstoffe in Gewässern**

316 Die Belastung der Meere und Gewässer mit Müll, Schadstoffen und Dünger nimmt zu.
317 Insbesondere Kunststoffabfälle und chemische Schadstoffe reichern sich in der
318 Meeresumwelt dramatisch an und bedrohen das Ökosystem. Am Ende landen diese
319 Schadstoffe über die Fischerei wieder auf unseren Tellern.

320 Darum werden wir mit den Forschungs- und Fördermöglichkeiten des Landes die Suche
321 nach Alternativen, Rückhaltungsmöglichkeiten und Reinigung der Meere von Plastik- und
322 Schadstoffen vorantreiben.

323 Wir wollen dafür sorgen, dass auch die deutschen Nordseehäfen die
 324 Müllentsorgungsgebühren in die Liegegebühren integrieren, wie es in den deutschen
 325 Ostseehäfen bereits üblich ist. Auch die Schifffahrt muss ihren Teil zum Erhalt
 326 unserer Ökosysteme leisten und darf ihren Müll nicht länger einfach auf dem Meer
 327 entsorgen.

328 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Ziele und Maßnahmen der EU-
 329 Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Verminderung des Eintrags von Schadstoffen und
 330 Abfällen in die Meere und setzen uns für eine konsequente und zeitnahe Umsetzung
 331 der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie sowie eine umfassende Reduktion von
 332 kritischen Produkten und Produktionsmethoden ein, etwa von Plastik. Zur Reduktion
 333 von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen werden wir auch das produzierende Gewerbe
 334 und die Landwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

335 Die Aufstellung von Strandmüllboxen, Fishing-for-Litter (Müllsammeln) und
 336 plastikfreie Kommunen sind für uns Anliegen, die wir auch in Zukunft unterstützen.

337 **An Küsten und im Binnenland beim Hochwasserschutz neue Wege gehen**

338 Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Starkregen sind für unser Land
 339 Herausforderungen, die neue Wege verlangen. Wir haben mit Strategien wie
 340 "Wattenmeer 2100" und neuen Strategien im Küsten- und Binnenlandschutz wichtige
 341 Impulse gesetzt. Wir werden sie weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen
 342 hinterlegen.

343
 344 Wir wollen dort, wo es auf Grund der örtlichen Begebenheiten möglich ist,
 345 verrohrte und überbaute Gewässerabschnitte wieder öffnen und diese ihrer
 346 natürlichen Dynamik überlassen. Bachverrohrungen stehen im völligen Gegensatz zu
 347 den hydrologischen, biologischen und ökologischen Aufgaben eines Gewässers. Ein
 348 offenes Gewässer ist in der Lage bei Hochwasser, Starkregen und Schneeschmelze
 349 Oberflächenwasser schnell aufzunehmen und abzuleiten, das kann ein verrohrtes
 350 Gewässer in der Regel nicht leisten. Neue Bachverrohrungen, beispielsweise im
 351 Rahmen von Wohn- oder Gewerbeflächenerweiterungen oder Neuerschließungen sollen
 352 künftig bereits in der Planungsphase vermieden werden. Dort, wo sie bereits
 353 bestehen, sollte der Rückbau im Rahmen von Renaturierungsprojekten erfolgen.
 354 Hierbei wird zudem die ökologische Durchgängigkeit für Fische und andere aquatische
 355 Organismen deutliche verbessert oder erst möglich gemacht.

356 **Den Menschen das Meer erlebbar machen**

357 Immer mehr Menschen verlieren den Bezug zu den Meeren. Wir fördern Projekte, die
 358 vor allem jungen Menschen den Umgang mit unseren Meeren und Gewässern vermitteln.
 359 Flora und Fauna in Nord- und Ostsee sollen jungen Schleswig-Holsteiner*innen
 360 vertraut sein.

361 **Mit mehr Stadtgrün zu mehr biologischer Vielfalt**

362 Mehr Grün in den Städten – mit Parks, Stadtbäumen, grünen Fassaden, Dachgärten und
 363 Staudenfluren. Das ist unser Anliegen. So können die Städte selbst wirksame
 364 Projekte zur CO₂-Bindung und darüber hinaus zur Abkühlung bei Hitze infolge des
 365 Klimawandels leisten. Dies ist außerdem ein wertvoller Beitrag zu sauberer Luft,
 366 neuen Lebensräumen und biologischer Vielfalt. Wir wollen die
 367 Städtebauförderungsprogramme verstärkt nutzen, um Stadtbegrünung zu schaffen und
 368 uns dafür einsetzen, dass Klimaschutzaspekte Teil der Städtebauförderung werden.
 369 Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion beim ressourcenschonenden Bauen,
 370 bei der Nutzung von Solarenergie und beim Artenschutz an Gebäuden übernehmen. Die

371 Pflege von Straßenrandflächen soll landesweit im Sinne des Artenschutzes optimiert
372 werden.

373 Wir unterstützen die Idee des "Urban Gardening" und "Urban Farming". Durch
374 gemeinschaftliches Gärtnern und Bewirtschaften wird wieder ein Stück Natur sowie
375 Wissen über die Erzeugung von Lebensmitteln in die Stadtgeholt.
376 Die Kleingartenvereine leisten mit ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und der
377 Integration von Migrant*Innen hier einen hervorragenden Beitrag, den wir auch
378 weiter unterstützen wollen.

379 **Vom Müll zum wertvollen Grundstoff**

380 Ressourcenschutz heißt neben sparsamem Umgang mit natürlichen Rohstoffen auch, viel
381 von dem wiederzuverwerten, was wir wegwerfen. Entscheidend ist, dass wir möglichst
382 wenig frische Rohstoffe verwenden. Wir wollen viel mehr Stoffe aus Haushalten,
383 Gewerbe, Handel, Landwirtschaft oder Industrie, die nur scheinbar nicht mehr
384 benötigt werden, zumindest zur Rückgewinnung von Rohstoffen nutzen. Dafür brauchen
385 wir ein Wertstoffgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir werden uns von
386 Schleswig-Holstein aus beim Bund dafür einsetzen, weil es unser Wunsch ist, die
387 Müllverbrennung zu minimieren und unsere Atmosphäre nicht mehr weiter als
388 unsichtbare Müllhalde zu missbrauchen.

389 **Umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung**

390 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das
391 Land soziale Standards und Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Wir werden
392 die guten Ansätze, die es bereits in der Landesbeschaffungsordnung gibt, auf ihre
393 nachhaltige Wirkung überprüfen und bei Bedarf nachsteuern.

394 **Umwelt@Digital**

395 Im Rahmen einer Open-Data-Strategie ist es unser Ziel, alle Umweltdaten
396 (Wasserqualität, Allergie-auslösende Pflanzen, Belastungen usw.) in
397 maschinenlesbaren Formaten für die Öffentlichkeit bestmöglich nutzbar zu machen.

398 Auch die Informationstechnologie muss effizienter werden. Wir werden uns dafür
399 einsetzen, nicht nur den Stromverbrauch zu reduzieren – etwa durch Rechenzentren,
400 deren Abwärme genutzt wird oder durch digitale Wartungs-, Steuerungs- und
401 Regeltechnik. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Rohstoffe entlang der
402 IT-Wertschöpfungskette im Rahmen einer Green-IT-Strategie in den Blick genommen
403 werden.

404 Wir wollen Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote in ihrem Interesse
405 für Natur fördern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus
406 Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufzubauen ist.

407 **Auf den Punkt**

- 408 • *Wir werden* eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und
409 zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- 410 • eine weitere Integrierte Naturschutz-Station in der Holsteinischen Schweiz
411 errichten,
- 412 • mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ das Schutzgebiets- und
413 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln,

- 414 • mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz" ein Pestizid- und Düngekataster als
415 Open Data anlegen,
- 416 • die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative
417 Bergungstechnologien erforschen und einsetzen,
- 418 • Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.

419 **Agrarwende / Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist ertragreich**
420 **und wettbewerbsfähig mit Umweltschutz und gesunden**
421 **Lebensmitteln**
422

423 Wir leben in Schleswig-Holstein in einer Natur- und Kulturlandschaft. Bäuerliche
424 Strukturen prägen unser Land. Rund 70 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich
425 genutzt. Mit unserer Agrarpolitik erhalten wir diese einmalige Landschaft und geben
426 den Bäuer*innen eine wirtschaftliche Perspektive.

427 Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist Ziel unserer Politik. Die
428 Bäuer*innen der Zukunft erzeugen hochwertige Lebensmittel, sichern die
429 Artenvielfalt, schonen unsere Gewässer, bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
430 den ländlichen Raum und stellen Flächen für Windparks und Dachflächen für
431 Solaranlagen zur Verfügung, die wir für die Energiewende benötigen.

432 Soweit auf Landesebene möglich, wollen wir die Grundsätze der guten fachlichen
433 Praxis für unsere Landwirtschaft weiterentwickeln.

434 Unser Ziel ist dabei eine standortangepasste, den Boden und die Gewässer schonende
435 Bewirtschaftung. Diese und weitere Mindeststandards müssen auf der gesamten
436 landwirtschaftlichen Fläche eingehalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich
437 alle an das bestehende Agrarumweltrecht halten. Wir werden die Einführung der
438 Pestizidsteuer und Stickstoffabgabe als wirksame Lenkungsinstrumente für die
439 landwirtschaftliche Erzeugung voranbringen.

440 **Faire Preise für gute Nahrungsmittel**

441 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
442 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Die systembedingte Exportorientierung
443 vieler Landwirte vor allem bei Fleisch- und Milchprodukten macht die Märkte bei uns
444 und weltweit kaputt. Die Milchkrise ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. So kommen
445 bäuerliche Betriebe in Existenznot. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das
446 Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite
447 allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte anzupassen.
448 Wir streben eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der Landwirtschaft, im
449 Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien
450 an. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität
451 können langfristig nur über auskömmliche Preise sichergestellt werden.

452 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.235: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

453 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
454 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Diese Ausrichtung führt zu einer
455 Abhängigkeit von sogenannten Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der
456 ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Eine einseitige Politik der
457 Exportorientierung macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt und drückt
458 bäuerliche Betriebe an die Wand. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl
459 sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise erbracht

460 werden. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür
 461 brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die
 462 Menge an die Nachfrage der Märkte an zu passen. Wir streben mit verschiedenen
 463 Maßnahmen eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der in der Landwirtschaft
 464 und im Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer
 465 Familien an.

466 **Europäische Gelder für das Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft**

467 Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
 468 Ökologischer Landbau ist Kreislaufwirtschaft. Sie ist ausgerichtet auf den Erhalt
 469 der biologischen Vielfalt, auf eine stabile Regionalentwicklung und die Vermeidung
 470 von Landflucht, auf die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, die
 471 Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Europäische
 472 Fördergelder sollen künftig einen Anreiz geben, dass sich die konventionelle
 473 Landwirtschaft systematisch ökologisiert.

474 Die Agrarpolitik ist europäisch gestaltet. Trotzdem gibt es vielfältige
 475 Möglichkeiten regional zu steuern. Unser Leitsatz heißt: öffentliche Gelder für
 476 öffentliche Leistungen .Das gilt sowohl für den Naturschutz als auch für Boden- und
 477 Gewässerschutz, faire soziale Verteilung als auch für Tierwohl und die Entwicklung
 478 der ländlichen RäumeSo werden wir in der laufenden EU-Haushaltsperiode bis 2020/22
 479 in Bundessrat und Agrarministerkonferenzen darauf drängen, alle Möglichkeiten der
 480 Europäischen Union wahrzunehmen, um die Gelder auf nationaler Ebene umzuschichten.
 481 Dazu gehören die Umwidmung von 15 Prozent – statt bisher 5 Prozent – der Mittel in
 482 die zweite Säule der ländlichen Entwicklung sowie Degression und Obergrenzen bei
 483 den Direktzahlungen. Solange es Direktzahlungen gibt, müssen sie an eine wirksamere
 484 ökologische und soziale Qualifizierung gebunden sein.

485 Wir werden für den ökologischen Landbau die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung
 486 auf hohem Niveau fortsetzen und – soweit rechtlich möglich – die Beteiligung an
 487 zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen zulassen. Nach finanziellen Kräften werden wir
 488 Agrarumweltmaßnahmen ausbauen und daran arbeiten, dass für die teilnehmenden
 489 Betriebe auch eine Gewinn- und Risikokomponente bei der Förderung einfließen kann.
 490 Mit Programmen zu vielfältigen Fruchtfolgen ist auch zukünftig der Anbau von
 491 Eiweißpflanzen wie Lupine, Bohne und Erbse als Alternative zum Gensoja
 492 voranzutreiben.

493 Wir streben noch in dieser Förderperiode eine weitere Umschichtung der europäischen
 494 Mittel an, um handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der
 495 jeweiligen Region auszubauen.

496 Die Förderung der Beratung aus EU Mitteln wollen wir insbesondere für den
 497 Ökolandbau fortzusetzen. Das "Netzwerk Ökolandbau" soll nach Abschluss der
 498 Projektphase fest etabliert werde. Damit soll die Vernetzung der Akteur*innen in
 499 der ökologischen Produktionskette zu einem „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“
 500 unter Einbeziehung der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

501 **Ökolandbau als Bestandteil der Ausbildung zum Landwirt**

502 Hoch- und Fachhochschulen müssen sich auf die neuen wirtschaftlichen, ökologischen
 503 und sozialen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Lebensmittelketten
 504 einstellen. Angehende Landwirt*innen sollen grundlegende Kenntnisse der
 505 ökologischen Wirtschaftsweise erlernen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist
 506 der Ökolandbau als prüfungsrelevanter Baustein im Lehrplan zu verankern. Darüber
 507 hinaus streben wir an, für mindestens ein Ausbildungsjahr eine Fachklasse

508 "ökologischer Landbau" einzurichten. Um den Herausforderungen der kommenden
 509 Jahrzehnte gerecht zu werden, muss Ökolandbau auch in der Fachlehrer*innenaus- und
 510 Fortbildung an Bedeutung gewinnen.

511 **Mehr grüne Wiesen und Weiden für unsere Landschaft**

512 Grünland und die Beweidung vieler Flächen gehören traditionell zum Bild des Landes
 513 zwischen den Meeren. Das ist nicht nur gut für das Tierwohl, die

514 Lebensmittelqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Es ist auch eine
 515 wichtige Basis für Einkommen und Tourismus. In der vergangenen Legislatur haben
 516 wir ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz geschaffen und altes Grünland auch im
 517 Landesnaturschutzgesetz geschützt. Seitdem steigt der Anteil von Wiesen und Weiden
 518 wieder in Schleswig-Holstein, der Maisanbau ist um ein Achtel zurückgegangen. Diese
 519 Tendenz wollen wir weiter absichern. Denn Grünland hat eine wichtige Funktion als
 520 Kohlenstoffsenke, für den Wasserhaushalt und für die biologische Vielfalt.

521 Mit Agrarumweltmaßnahmen wollen wir nicht nur eine neue Vielfalt auf den Acker
 522 bringen und die Qualität von Grünland für den Natur- und Artenschutz steigern. Dem
 523 starken Abbau von als Dauergrünland bewirtschafteten Mooren kann kurzfristig durch
 524 geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnet werden. Wir streben
 525 dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an. Die
 526 getroffenen Zielvereinbarungen mit den Wasser- und Bodenverbänden zur
 527 Gewässerunterhaltung werden wir kritisch prüfen und weiter entwickeln.

528 Wir wollen Grünland durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen wieder in Wert setzen
 529 und den Anteil im Land erhöhen. Dem starken Abbau von Mooren, die als Dauergrünland
 530 bewirtschaftet werden, werden wir kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen
 531 wie höhere Wasserstände begegnen. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den
 532 Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an.

533 **Bauernhöfe sichern – keine Privilegien für Tierfabriken**

534 Viele Landwirt*innen sind der Logik der immer billigeren Produktion und des „Wachse
 535 oder Weiche“ gefolgt und haben auf immer größere Stallanlagen gesetzt, um die
 536 Produktionskosten zu reduzieren. In Folge dessen mussten bereits viele kleine
 537 Betriebe aufgeben, die Viehhaltung konzentriert sich in immer weniger immer
 538 größeren Betrieben. Das zerstört nicht nur Existenzen und die Struktur einer
 539 bäuerlichen Landwirtschaft, sondern hat auch Konsequenzen für Umwelt- und Tierwohl
 540 und führt zu regionalen Ungleichgewichten bei der Verteilung der Viehhaltung im
 541 Land.

542 Durch die konzentrierten Emissionen kommt es zu Umweltproblemen und bei
 543 systembedingtem Medikamenteneinsatz zur Bildung von multiresistenten Keimen. Diese
 544 Fehlentwicklung wird möglich durch Importe billiger Futtermittel, eine
 545 unzureichende Düngeverordnung, ein unzulängliches Tierschutzrecht sowie aufgrund
 546 fehlender verpflichtender Kennzeichnung für Verbraucher*innen über die Art der
 547 Erzeugung.

548 Wir setzen uns für eine flächengebundene Tierhaltung ein und haben durch Maßnahmen,
 549 wie den Filtererlass, landespolitische Spielräume genutzt. Verbesserungen im
 550 Baurecht wurden durch unseren beharrlichen Druck auf Bundesebene erreicht. Wir
 551 treten weiterhin dafür ein, dass große Stallanlagen, die nach dem
 552 Bundesimmissionsschutzrecht genehmigt werden müssen, nicht länger privilegiert
 553 gebaut werden dürfen, sondern nur mit kommunaler Beteiligung über ein öffentliches
 554 B-Plan-Verfahren.

555 Mit Initiativen im Verbraucherrecht, Immissionsrecht, Tierschutzrecht und Baurecht
 556 wollen wir die Benachteiligung bäuerlicher Erzeugung gegenüber Agrarfabriken
 557 beseitigen. Investitionsförderprogramme konzentrieren wir auf innovative
 558 tiergerechte und ökologische Projekte. Dabei sollen auch Umbaulösungen im Bestand
 559 besonders berücksichtigt werden.

560 _
 561 Einrichtung einer Expert*innenkommission zur Überwindung der industriellen
 562 Massentierhaltung
 563 Wir werden eine Enquete-Kommission zur Überwindung der industriellen
 564 Massentierhaltung sein. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, ProVieh, den
 565 Naturschutzverbänden und anderen soll der Weg für einen langfristigen Ausstieg
 566 geplant werden.

567 **Lernen auf dem Bauernhof**

568 Bauernhöfe können mehr sein als Orte der Nahrungsmittelproduktion. Schüler*innen
 569 sollen im Unterricht lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Zum Schuljahr 2017
 570 haben wir ein entsprechendes Schulprogramm eingeführt, mit dem Grundschulkindern
 571 erfahren, woher die Lebensmittel kommen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das
 572 Programm zum Erfolg führen. Dafür ist die Beteiligung der Verbände und
 573 Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz, Verbraucher*innen und Kirchen
 574 erforderlich.

575 Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen
 576 saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Mit der Möglichkeit einer
 577 Teilnahme am EU-Schulobst-, Gemüse- und Milchprogramm werden wir besonders in
 578 sozialen Brennpunkten Impulse für die Ernährungsbildung setzen.

579 Für eine regionale und ökologisch ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung gibt es
 580 viele Beispiele in Schleswig-Holstein. Diese Projekte unterstützen wir weiter.

581 **Am besten regionale und ökologisch erzeugte Produkte**

582 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und den
 583 zwingend notwendigen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten,
 584 unsere Essgewohnheiten zu ändern. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss
 585 darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung
 586 von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und
 587 die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden
 588 durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man
 589 sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen
 590 und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 591 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 592 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 593 Kantinen.

594 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.75: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

595 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 596 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 597 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 598 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 599 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 600 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 601 Essverhalten mit verursacht. Wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in
 602 Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt

603 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 604 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 605 Kantinen

606 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.74: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

607 Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt
 608 passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das
 609 Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen
 610 (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden massiv durch unser
 611 Essverhalten mit verursacht. Insbesondere der hohe Konsum von Fleisch, aber auch
 612 tierischer Produkte insgesamt, treibt diese Problematiken mit an.
 613 Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen
 614 Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und
 615 regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

616 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.32: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

617 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 618 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 619 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 620 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 621 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 622 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 623 Essverhalten mit verursacht. Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu
 624 ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und
 625 Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 626 einzusetzen.

627 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen. Tonnen
 628 produzierte Lebensmittel mit einem Gegenwert von 22 Milliarden. Euro werden jedes
 629 Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch
 630 ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
 631 Lebensmittelverschwendung initiieren. Das Ziel: eine bundesweite Regelung in
 632 Supermärkten und entlang der Lebensmittelkette zu etablieren.

633 **Schleswig-Holsteins Äcker bleiben gentechnikfrei**

634 Dass unsere Landwirtschaft und die bei uns erzeugten Nahrungsmitteln frei von
 635 Gentechnik sind, ist ein großer Standortvorteil für Schleswig-Holstein. Um dies
 636 abzusichern, brauchen wir neben strengeren europäischen Regeln wirksame
 637 bundeseinheitliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen. Wir fordern
 638 eine Änderung der EU-Verordnung, damit Gentechnik im Futter verbindlich
 639 gekennzeichnet wird.

640

641 Wie wollen in Land, Bund und EU hinwirken auf ein Importverbot in die EU von
 642 genmodifizierten Getreidearten und Leguminosen, die mittels Glyphosat angebaut
 643 werden.

644 **Honigbienen und Wildbienen – wir brauchen sie**

645 Imker*innen tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zur Sicherung unserer
 646 Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die
 647 Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten, ist zum Erhalt der
 648 Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch
 649 Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie viel anfälliger für Krankheitserreger

650 geworden. Die Bestände von Blütenbestäubern sind mit Hilfe von Forschungsprojekten
 651 und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu sichern. Die
 652 Landesverbände der Imker*innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und
 653 Fortbildung. Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung.

654 Wir wollen mit einem Artenschutz-Sofortprogramm dem Aussterben von Wildbienen und
 655 andere blütenbesuchende Insekten entgegenreten. Durch dauerhafte Blühstreifen und
 656 dem Erhalt von Lebensräumen von Wildbienen soll der Artenschwund gestoppt werden.

657 **Wir unterstützen „Pionier*innen“ und ihre Ideen für den ländlichen Raum**

658 Schleswig-Holstein besteht zu mehr als 90 Prozent aus ländlichem Raum und ist nicht
 659 nur für Landwirt*innen Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt. Er prägt unsere
 660 Landschaft und bietet uns allen eine einmalige Lebensqualität. Der ländliche Raum
 661 ist auch Heimat für viele Menschen, die mit ihren Kindern ins Grüne gezogen sind
 662 und dafür zur Arbeit in die Städte pendeln. Im ländlichen Raum sind regionale
 663 Wertschöpfung, landwirtschaftliche Betriebe, kompetentes Handwerk, kleine
 664 Unternehmen und Tourismusbetriebe zu Hause.

665 Wichtig sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten, eine
 666 ausreichende Daseinsvorsorge und Freiräume für Menschen, die mit neuen Ideen ihr
 667 Dorf, ihre Region entwickeln wollen. Die gute Anbindung mit Bus und Bahn,
 668 breitbandigem Internet, sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Ärzten und
 669 Schulen muss gewährleistet sein. Dann können sich ländliche Räume dynamisch und
 670 vielfältig entwickeln. Hier ist Mitsprache der Bürger*innen auch im Ehrenamt, in
 671 Vereinen und Kommunen besonders gefragt. Dafür stehen Aktivregionen und integrierte
 672 ländliche Entwicklungsprojekte.

673 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Markttreffs und Existenzgründerinitiativen
 674 eröffnen neue Perspektiven. Da gehen Menschen neue Wege, um Einfluss auf die
 675 Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu
 676 entfalten. Wir unterstützen diese Bewegungen.

677 **Landwirtschaft und ländlicher Raum@Digital**

678 Die Digitalisierung hat die Landwirtschaft längst erreicht. Sie ist in
 679 Teilbereichen bereits eine der meist digitalisierten Wirtschaftsbereiche.
 680 Digitalisierungen und sogenanntes „Smart Farming“ sind Betriebshilfsmittel, die
 681 sich in der Landwirtschaft unabhängig von der Betriebsgröße entwickeln. Es wird
 682 auch darum gehen bei den Angeboten die Spreu vom Weizen zu trennen. Die
 683 Digitalisierung kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und
 684 damit ressourcenschonenden Produktion sein. Sie kann die konventionelle
 685 Landwirtschaft umweltverträglicher machen und im ökologischen Landbau eine wichtige
 686 Hilfe zu seiner Entwicklung sein. Hinzu kommt die Verbesserung der
 687 Arbeitsplatzqualität.

688 Wir wollen zusammen mit der Landwirtschaftskammer die bestehenden Beratungsangebote
 689 zielgerichteter gestalten. Landwirt*innen brauchen vor allem Rat und Information,
 690 um bei den Angeboten zum „Smart Farming“ die Spreu vom Weizen trennen zu können.
 691 „Smart Farming“ ist ein Baustein, der sich unabhängig von der Betriebsgröße
 692 etablieren sollte. Forschung zu „Smart-Farming“ begrüßen und unterstützen wir.

693 Digitalisierung bietet die Chance, Standortnachteile im ländlichen Raum zu
 694 kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies
 695 ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig. Wir wollen die Aktiv-

696 Regionen nutzen, um gemeinsam mit den Kommunen Musterprojekte für
697 Digitalisierungsstrategien zu entwickeln.

698 **Auf den Punkt**

- 699 • *Wir werden* ein „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der
700 Wissenschaft einrichten
- 701 • Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten,
- 702 • Weitere europäische Mittel für Umwelt und Tierschutz einsetzen,
- 703 • das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen,
- 704 • in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte
705 bevorzugt einsetzen
- 706 • ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen,
- 707 • die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.

708 **Tierschutz / Für das Wohl der Tiere in Landwirtschaft und**
709 **Haushaltung**

710

711 Einführung des Verbandsklagerechts, Initiative für Verbot der Pelztierzucht,
712 Möglichkeit von Kastrationsverordnungen für Katzen auf Gemeindeebene, Initiativen
713 zur Weidehaltung: Wir haben beim Tierschutz viel erreicht.

714 Zunehmend fordern Verbraucher*innen gute Haltungsbedingungen für Tiere. Mit dem
715 Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Zukunft der
716 Nutztierhaltung wurden unsere langjährigen Initiativen bestätigt: Eine bessere
717 Tierhaltung ist dringend geboten.

718 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der tierartgerechten und
719 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung ein und fördern die Umstellung auf eine
720 tierfreundliche ökologische Landwirtschaft.

721

722 Wir werden dafür insbesondere die Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten
723 überprüfen. Wir wollen Hilfen für das Konfliktmanagement weiter etablieren und
724 durch Änderungen im Bundestierschutzgesetz werden wir insbesondere
725 Ausnahmetatbestände weitgehend abbauen

726 Kastenstände für Sauen sowie ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern gehören ebenso
727 verbannt wie Schnabelkürzen und Schwanzamputationen. Das betäubungslose Kastrieren
728 von Lämmern, Kälbern und Ferkeln muss beendet werden. Wir werden uns für eine
729 anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten
730 einsetzen.

731 Tierschutz ist eine zentrales Anliegen der GRÜNEN. Tierschutz beinhaltet
732 selbstverständlich auch, Tieren unnötiges Leid zu ersparen. Nicht erst durch die
733 Änderung bzw. Erweiterung des Grundgesetzes um das Staatsziel Tierschutz sind wir
734 dazu verpflichtet Tiere in Ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen
735 vermeidbare Leiden, auch bei der Schlachtung, zu ersparen.

736 Aber Tierwohl ist noch mehr. Die Wahl von geeigneten Rassen und ein Umsteuern in
737 der Zucht ist notwendig. Statt Höchstleistung muss Lebensleistung und somit die
738 Gesundheit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Das führt auch zu einer Reduktion des

739 Medikamenteneinsatzes. Der vorbeugende Einsatz von Antibiotika und die Anwendung
 740 von Reserve-Antibiotika (Medikamente, die für die Behandlung von Menschen gegen
 741 resistente Keime zurückgehalten werden) muss unterbunden werden.

742 Auslauf und Weidehaltung sollten bei allen Tierhaltungen vorgebracht werden. Wir
 743 unterstützen Landwirt*innen dabei, ihre Stallungen für mehr Platz pro Tier und das
 744 Tierwohl umzubauen. Für offene Stallsysteme sind tragfähige Lösungen im
 745 Baugenehmigungsverfahren zu finden.

746 Bei den Haustieren unterstützen wir die bundesweite Registrierung von Hunden und
 747 Katzen in einem Haustierregister. Der illegale Welpenhandel sowie der
 748 Internethandel und die Verkaufsbörsen von allen Heimtieren, insbesondere der
 749 Terrarientiere, sollte in derzeitiger Form unterbunden werden. Bei Tieren im
 750 sozialen Einsatz wollen wir einen entsprechenden Sachkundenachweis etablieren.

751 Immer mehr Tiere werden in Tierheimen abgegeben oder ausgesetzt. Tierheime sind
 752 zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende
 753 Finanzierung der Tierheime einsetzen.

754 Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass keine Wildtiere im Zirkus
 755 auftreten dürfen. Die beschlossene Bundesratsinitiative gilt es umzusetzen. Auf
 756 landeseignen Flächen werden wir keine Zirkusse mit Wildtieren zulassen und mit den
 757 Kommunen ausloten, wie sie den Tierschutz vor Ort verbessern können.

758 Weniger Tierversuche an den Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein –
 759 das ist unser Vorhaben. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau alternativer
 760 Methoden ein. Studierenden, die aus ethischen Gründen die Durchführung von
 761 Tierversuchen ablehnen, darf deswegen nicht ihr Abschluss verwehrt werden. Die
 762 Genehmigungsverfahren für Tierversuche müssen überarbeitet werden.

763 Auf Landesebene werden wir mit allen Beteiligten den „Runden Tisch Tierwohl“ in
 764 Schleswig-Holstein beibehalten und so im Konsensverfahren weitere Verbesserungen
 765 bei der Tierhaltung voranbringen. Wir streben auch die Einrichtung eines
 766 Landestierschutzbeauftragten an.

767 Der Tierschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein zeigt die Situation der
 768 Tierhaltung auf. Leider erwächst aus Erkenntnissen dieses Berichtes nicht
 769 zwangsläufig ein besseres Verhalten der Tierhalter im Sinne des Tierwohls. Nach wie
 770 vor gibt es Massentierhaltungen auch in unserem Bundesland und die Würde des Tieres
 771 als Kreatur spielt hier gegenüber dem Gewinn oft eine untergeordnete Rolle.

772 Wegen Personalmangel bei den Kontrollen können nur eine ungenügende Anzahl an
 773 Stichproben durchgeführt, geschweige eine nachhaltige Beratung angeboten werden.
 774 Wir streben eine verbesserte Situation der finanziellen und personellen Ausstattung
 775 der unteren Veterinärbehörden an. Dieses würde nicht nur dem Tierschutz zu Gute
 776 kommen, sondern auch den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachen Bratung bei
 777 Fällen wie der Vogelgrippe.

778 Die Amtsveterinäre stehen teilweise schwierigen Situationen gegenüber. Deshalb
 779 sollten Angebote in der Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement und auch
 780 Seuchenschutz zur Verfügung gestellt werden.

781 Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe haben höchste Priorität, um im Vorfeld
 782 Tierleid vorzubeugen. Jedoch werden immer wieder Betriebe entdeckt, die entgegen
 783 dem Gesetz handeln. Tierquälerei muß konsequent verfolgt und sanktioniert werden.
 784 Deshalb sehen wir die Einrichtung von Schwerpunkts Staatsanwaltschaften mit
 785 speziell ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten als geboten.

786 Maßgebend für die Haltung von Tieren ist das Bundestierschutzgesetz. In diesem
 787 jedoch wird z.B. in § 5 und 6 erklärt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen
 788 Eingriffe am Tier, wie Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Kastrieren von
 789 männlichen Ferkeln ohne Betäubung, erlaubt sind. Paragraphen die explizit so etwas
 790 aufzeigen repräsentieren keinen Tierschutz, sondern zeigen auf, wann Tierquälerei
 791 erlaubt ist. Wir sehen eine Novellierung des Bundestierschutzgesetzes als zwingend
 792 erforderlich

793 **Auf den Punkt**

- 794 • *Wir werden* uns für den Ausbau einer tierartgerechten und
 795 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und
 796 Weidehaltung,
- 797 • eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und
 798 Puten auf den Weg bringen,
- 799 • für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten,
- 800 • Tierheime finanziell untertützen,
- 801 • uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.
- 802 • Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht
 803 verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.

804 **Verbraucher*innen-Politik / Echte Wahlfreiheit gibt es erst** 805 **durch Information und Transparenz**

806
 807 Verbraucher*innenpolitik steht im Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik.
 808 Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Stärkung der Verbraucher*innen. Eine freie
 809 Entscheidung setzt voraus, dass wir wissen, was wir konsumieren. Die
 810 Verbraucher*innen erwarten Transparenz, Aufklärung und Kennzeichnung von Produkten,
 811 wie zum Beispiel die „Lebensmittel-Ampel“ oder produktbezogene „CO2-Fußabdrücke“.
 812 Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber
 813 wirtschaftlichen Interessen von Versicherungen, Banken, Teleanbietern,
 814 Energiewirtschaft, Autokonzernen, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen.

815 **Standorte der unabhängigen Verbraucherzentralen sichern**

816 Zur Stärkung des Verbraucher*innenschutzes werden wir uns auf Landes- wie auf
 817 Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Wir fordern und fördern
 818 eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer
 819 unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern. Lange überfällig ist, dass der Bund die
 820 Strafen aus Kartellverstößen für die Verbraucherarbeit bereitstellt.

821 Wir setzen uns im Land für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Arbeit und
 822 der neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale ein. Dazu gehört auch der
 823 Erhalt ihrer Standorte in Schleswig-Holstein

824 Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten.
 825 Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrerausbildung in diesem Fach
 826 bei uns im Land.

827 **Die Verbraucher*innen möchten wissen, woher ihr Essen kommt**

828 Bewusste Konsumententscheidungen setzen Transparenz voraus.

829 Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache
 830 gesetzliche Haltungskennzeichnung für Milch und Fleisch – wie beim „Ei mit der
 831 Drei“ – gibt. Wird eine bundeseinheitliche Regelung weiter verschleppt, werden wir
 832 die Einführung einer Hygiene-Ampel im Land, nach dem Vorbild von Dänemark und
 833 Nordrhein-Westfalen, prüfen.

834 Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden,
 835 wollen wir das bestehende System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und
 836 effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der
 837 Zusammenarbeit von Bund/Ländern/Europa zu optimieren. Gebühren und Kontrollen
 838 müssen so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer zusätzlichen
 839 Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter*innen
 840 und Anbieter*innen führen. Wir werden, wie in den vergangenen Jahren, unser
 841 Landeslabor weiter stärken.

842 **Verbraucher*innenschutz@Digital**

843 Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und
 844 Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kundenprofile
 845 dürfen nur im vorher definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach
 846 fairen Regeln verwendet werden. Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl
 847 haben, auch ohne massenhafte Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten
 848 online und offline einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
 849 Dafür müssen die strengeren Anforderungen aus der EU-Datenschutzgrundverordnung
 850 zügig umgesetzt werden.

851 **Auf den Punkt**

- 852 • *Wir werden* uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in
 853 Schleswig-Holstein einsetzen,
- 854 • uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller an der Finanzierung
 855 einer unabhängigen Verbraucherarbeit beteiligt werden,
- 856 • uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark
 857 machen.

858 **Klimaschutz / Schleswig-Holstein ist der deutschen** 859 **Energiewende zehn Jahre voraus. Wir bauen diesen Vorsprung aus**

860
 861 Wir sind wahrscheinlich die letzte Generation, die den ungebremsten Klimawandel
 862 abwenden kann. Die ersten Vorboten sind längst da: Unwetter, Starkregen,
 863 Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen in der Pflanzen- und Tierwelt. Auch der
 864 Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane sind eine Realität, die
 865 manche bis heute allen Ernstes abstreiten. Ihre Kurzsichtigkeit wird uns und unsere
 866 Kinder hart treffen.

867 Millionen Menschen auf der Flucht und politische Instabilität in vielen Regionen
 868 sind die globalen Kosequenzen, ausgelöst durch Wüstenausbreitung, Wassermangel,
 869 Hunger und Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Noch haben wir es in der Hand, die
 870 Klimaziele von Paris zu erreichen: den Klimawandel auf deutlich unter 2 °C,
 871 möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele müssen nach den für dieses
 872 Ziel zur Verfügung stehenden CO2-Budgets angepasst werden. Das wollen wir in
 873 Schleswig-Holstein anpacken. Es gilt aber auch für den Bund, denn der
 874 Klimaschutzplan 2050 von CDU und SPD reicht nicht für die Ziele von Paris.

875 Gleichzeitig wollen wir den Atomausstieg sichern, als Vorbild für eine
 876 Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Viele Länder schauen auf Deutschland mit der
 877 Frage: Gelingt dort die Energiewende ohne Verlust an Wohlstand und Lebensqualität –
 878 womöglich sogar mit einem Zuwachs? Leider hat die Bundesregierung in den letzten
 879 Jahren alles getan, um die Energiewende auszubremsen.

880 Als großes, exportorientiertes Industrieland hat Deutschland eine besondere
 881 Verantwortung. Wenn wir die Energiewende schaffen, können andere von unseren
 882 Erfahrungen profitieren. Schleswig-Holstein kann Vorreiter bei der Umsetzung sein.

883 **Energiewende mit Rücksicht auf Mensch und Natur**

884 Uns ist bewusst: Wir bewegen uns mit der Energiewende in einem ökologischen
 885 Zielkonflikt. Energieerzeugung auch aus Wind und Sonne bedeutet Flächenverbrauch,
 886 Leitungsbau, Geräuschbelastung und eine mögliche Gefährdung für Vögel oder
 887 Fledermäuse. Jeder Windpark ist ein Eingriff in das Ökosystem – er beeinflusst
 888 Mensch, Natur und Landschaftsbild.

889 Wir brauchen die Windenergie, um aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Kohle, Gas
 890 aussteigen zu können. Nutzen wir sie nicht, dann wird es wärmer und in den Städten
 891 werden die Schadstoffemissionen stark steigen – mit allen Folgen. Wir haben für die
 892 Planung der Windvorrangflächen mehr als 80 Kriterien zum Schutz von Mensch und
 893 Natur aufgestellt. Es darf nicht in Naturschutzgebieten geplant werden, Abstände zu
 894 Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten sind einzuhalten, bei Großvogelhorsten wurden
 895 die Regelungen verschärft. Es gibt keine Umzingelung von Ortschaften. Die Abstände
 896 von 400 Metern zu Wohnlagen im Außenbereich, 800 Metern zu Siedlungsflächen des
 897 Innenbereichs halten wir für richtig. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern
 898 strengere Lärmschutzvorschriften in Kraft gesetzt, über ein Lärm-Messprogramm zur
 899 Klärung umstrittener Fragen beigetragen, Erleichterungen für Windräder ohne das
 900 nächtliche Blinken erlassen und in vielen Veranstaltungen den Dialog mit den
 901 Menschen im Land gesucht. Wir respektierten immer den Gemeindewillen, aber das
 902 Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Januar 2015, das die
 903 Teilfortschreibung der Regionalpläne für Windeignungsgebiete für unwirksam
 904 erklärte, macht dies jetzt unmöglich. Auch Messungen von Infraschall haben wir
 905 veranlasst und gründlich geprüft mit dem Ergebnis, dass bei den derzeitigen
 906 Planungsgrundsätzen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind.

907 Auch in Zukunft achten wir auf den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft, Mensch
 908 und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch wir wissen auch: Der Schaden
 909 an Mensch und Natur durch Kohle und Atom ist ungleich größer – eine Güterabwägung
 910 unumgänglich.

911 **Die Energiewende weitertragen in den Verkehr und zur Wärmeerzeugung**

912 In Schleswig-Holstein haben wir den Netzausbau zusammen mit den Bürger*innen
 913 beschleunigt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir ihn abschließen. Dann
 914 verlagert sich der Netzengpass an die Elbe Richtung Süden.

915 Wir werden weiter Verantwortung übernehmen für einen zügigen und transparenten
 916 Netzausbau mit optimaler Planung für Mensch und Natur. Dadurch wird der Stillstand
 917 von erneuerbaren Anlagen wegen Netzengpässen schon bald zurückgehen. Zusätzlich
 918 setzen wir uns für Speicherprojekte ein und wollen über intelligente Systeme den
 919 Strom in der Region nutzen, anstatt Windräder abzuschalten.

920 Dennoch haben wir nicht zu viel erneuerbaren Strom. Denn auch der Wärmebedarf in
 921 den Haushalten und der Industrie sowie der Energiebedarf für den Verkehr muss noch

922 mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Biomasse allein reicht bei weitem nicht.
923 Mit dieser Sektorenkoppelung fangen wir jetzt an. Sektorenkopplung bedeutet die
924 intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr.

925 **Dezentrale Energie für und mit den Bürger*innen**

926 Grüne Politik steht für Transparenz und Dialog. Doch Bürgerbeteiligung heißt nicht
927 nur Mitreden. Bürgerbeteiligung, Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen sind
928 Markenzeichen für Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine dezentrale, mit den
929 Menschen vor Ort erzeugte Energie. Bevölkerung und regionale Wirtschaft profitieren
930 so von der erneuerbaren Energie. Gerade dezentrale Anlagen erleichtern die dringend
931 notwendige Kopplung der Wärmeerzeugung mit den erneuerbaren Energien. Dänemark hat
932 erfolgreich gezeigt, wie das geht mit dem Aufbau von lokalen Wärmenetzen und dem
933 Ende für neue Ölheizungen seit 2013 für Neubauten und 2016 auch im Bestand. Auch
934 wir wollen das Ende der Ölheizung, Ihr verbreiteter Einsatz ist mit den
935 Klimaschutzziele nicht vereinbar. Bei Neubauten und Ersatz sollen Erneuerbare
936 Alternativen gewählt und weitgehend durchgesetzt werden.

937
938 Verlässliche Politik braucht Fristen und Zeit gerechte Ankündigungen, daher unser
939 Vorschlag: Ab 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr im Neubau und ab 2025 im Bestand
940 montiert werden. Ausnahmen können nur in Bereichen ohne Zugang zu Gas- oder
941 Wärmenetzen und bei gleichzeitig baulich schwierigen Voraussetzungen für
942 Wärmepumpen oder z.B. Pelletheizungen ermöglicht werden. Wichtig ist die Gewinnung
943 auch der Kommunen, kommunale Wärmeversorgungskonzepte zu erarbeiten, damit eine
944 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Alternativen erreicht werden
945 kann. Dazu gehört die systematische Nutzung von Abwärme sowie der Ausbau der
946 Nahwärmenetze. Kümmerer vor Ort sind oft der Schlüssel für den Erfolg. Das Land
947 wird den Kommunen seine Expertise zur Verfügung stellen.

948 **Nach der Atomkraft jetzt auch zügig aus der Kohle aussteigen**

949 Die industrielle Revolution, die Erfindung von Auto, Computer und Smartphone lehren
950 uns: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. Einige haben wir forciert, so
951 den Atomausstieg durchgesetzt. Spätestens 2022 ist Schluss, in Schleswig-Holstein
952 sogar schon 2021. Dann ist Schleswig-Holstein atomfrei und wir haben schlagartig
953 wieder viel Platz in den Stromleitungen, den wir durch Erneuerbare decken werden.
954 Wir wollen jetzt bundesweit auch einen verbindlichen Pfad für den zügigen Ausstieg
955 aus der Kohle bis 2025 festlegen. Besonders dreckige Altmeiler müssen
956 schnellstmöglich vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt
957 abgeschaltet.

958 In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt, dass die Stromversorgung ohne Kohle und
959 Atom keine Utopie ist. Die Wissenschaft sagt uns: Um das Klima wirksam zu schützen,
960 muss Deutschland bis 2040 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas
961 aussteigen. Entscheidend für die nächsten Jahre ist allerdings nicht, was wir 2050
962 diskutieren, sondern wie wir im Zeitraum von 2017 bis 2021 handeln. Eine schnelle
963 und großvolumige Abschaltung massiver Emissionsemittenten von Treibhausgasen ist
964 wichtiger, als das tatsächliche Ziel ein paar Jahre früher oder später zu
965 erreichen. Nur in die ferne Zukunft zu verweisen heißt, sich vor der Verpflichtung
966 zu drücken und alles der nächsten Politiker-Generation aufzubürden. Wir wollen uns
967 der Verantwortung heute stellen. Deshalb sind die Schritte bis zum Jahr 2025
968 entscheidend. Die Zielmarke von 37 Terawattstunden im Jahr 2025 erneuerbaren Stroms
969 kann Politik in der nächsten Legislaturperiode aktiv beeinflussen. Daran muss sie
970 sich messen lassen.

971 **Kein Fracking und kein CCS in Schleswig-Holstein**

972 Wir lehnen Fracking und die Entsorgung von CO₂ durch Verpressung in unterirdische
 973 Lagerstätten (CCS – Carbon Capture and Storage) in Schleswig-Holstein auch
 974 weiterhin entschieden und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen vor Ort ab.
 975 Gegen CCS haben wir ein eigenes Landesgesetz geschaffen. Unkonventionelles Fracking
 976 wird über Bundesrecht verhindert, Ausnahmen wird es in Schleswig-Holstein mit uns
 977 nicht geben. Für konventionelles Fracking sehen unsere Geologen derzeit keinen
 978 Ansatz in Schleswig-Holstein. Wir werden dennoch alle rechtlichen Möglichkeiten
 979 nutzen, um jede Form von Fracking bei uns im Land zu verhindern und setzen uns auch
 980 weiterhin für rechtssichere Lösungen auf Bundesebene ein.

981 **Effizienz – alles nutzen, um Energie zu sparen**

982 Auch in der nächsten Wahlperiode spielt Energieeffizienz eine zentrale Rolle. Mit
 983 dem wertvollen Strom aus erneuerbaren Energien können wir nicht so verschwenderisch
 984 umgehen, wie wir es uns angewöhnt haben. Wir unterstützen die Kommunen weiter,
 985 Projekte wie LED-Beleuchtung, Energiesparen in Haushalten und in der Industrie
 986 umzusetzen. Dabei gilt es, Contracting-Modelle zu nutzen, bei denen Firmen ebenso
 987 wie Kommunen ohne eigenes Risiko oder Kapital neue Effizienztechnologien erhalten
 988 können.

989 **Atomkraftwerke zurückbauen - Euratom-Vertrag kündigen**

990 Von den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein liegen für Brunsbüttel und
 991 Krümmel sowie für den Forschungsreaktor in Geesthacht Anträge zum Rückbau vor. Ziel
 992 der nächsten Wahlperiode ist, dass auch Brokdorf bald vom Netz geht und für alle
 993 drei Atomkraftwerke der Rückbau beginnen kann. Dabei stehen wir für transparente
 994 Verfahren und frühe Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Wer Ja sagt zum
 995 Rückbau der Atomkraftwerke, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

996 Dies gilt in erster Linie für die Betreiber, die sich heute versuchen aus der
 997 Verantwortung zu stehlen, aber auch für die notwendige Entsorgung von
 998 freigemessenem Bauschutt. Wir werden für lückenlose Kontrolle und Transparenz bei
 999 allen Verfahrensschritten sorgen.

1000 Die Zwischenlager an den Atomkraftwerken dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir
 1001 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass möglichst bald mit den Planungen und der
 1002 Umsetzung einer zentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Castoren für die Zeit
 1003 spätestens nach Ablauf der Genehmigungen der jetzigen Zwischenlager (um 2045)
 1004 begonnen wird.

1005 Die Sicherheitsstandards der Überwachung von Atomkraftwerken werden mit uns auch
 1006 nach dem Abschalten nicht gesenkt.

1007 Wir machen uns auch dafür stark, dass die Bundesregierung eine Ablösung des
 1008 Euratom-Vertrags erficht. Über diesen Kontrakt fließen nach wie vor gigantische
 1009 Subventionen in die Atomindustrie.

1010 **Energie@Digital**

1011 Ohne Digitalisierung wird die Integration von erneuerbaren Energien in ein
 1012 zukunftsfähiges Energiesystem nicht gelingen. Nötig sind neuartige Konzepte zur
 1013 Systemführung und Integration sowie die intelligente Verbindung von Erzeugung,
 1014 Verteilung, Speicherung und Verbrauch von Energie.

1015 Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erleichtern es Energiekonsumenten bereits
 1016 heute, selbst Strom ins Netz einzuspeisen, den Transfer per App zu kontrollieren

1017 und sich als sogenannte „Prosumer“ neue finanzielle Möglichkeiten auf dem
1018 Energiemarkt zu eröffnen.

1019 Den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meter) im privaten Bereich begrüßen wir,
1020 wenn sie die Nutzung erneuerbarer Energie voranbringen und ein wirklich sinnvoll
1021 nutzbares Preissignal an die Verbraucher*innen geben. Die Erfassung des
1022 Stromverbrauchs darf dabei aber nicht dazu führen, dass die persönlichen
1023 Lebensgewohnheiten der Verbraucher*innen ausforschbar werden. Wir setzen uns dafür
1024 ein, dass intelligente Zähler in ihrem technischen Design und im häuslichen Einsatz
1025 hohen Datenschutzerfordernungen genügen und der Kontrolle der Verbraucher*innen
1026 unterliegen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz datenschutzfreundlicher
1027 Smart Meter im Land fördern.

1028 **Auf den Punkt**

- 1029 • *Wir werden* die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr,
1030 voranbringen,
- 1031 • die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbaus der erneuerbaren Energien
1032 beachten,
- 1033 • bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten,
- 1034 • neue Effizienztechnologien unterstützen,
- 1035 • konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen,
- 1036 • Stromnetze ausbauen,
- 1037 • Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern,
- 1038 • alle drei Atomkraftwerke zurückbauen
- 1039 • alles daran setzen, dass der Euratom-Vertrag aufgelöst wird.

1040 **Wirtschaft / Wir setzen auf Innovation und Nachhaltigkeit. So** 1041 **bringen wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in** 1042 **unser Schleswig-Holstein**

1043

1044 Schleswig-Holstein ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt.
1045 Familienunternehmen zeichnen sich durch Denken über Generationen hinweg aus. Bei
1046 Startups handelt es sich hingegen um junge, noch nicht etablierte Unternehmen, die
1047 zur Verwirklichung einer innovativen Geschäftsidee mit geringem Startkapital
1048 gegründet werden und mit hoher Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandel einleiten
1049 können. Wir sehen beide als Partner*innen für eine nachhaltige
1050 Wirtschaftsentwicklung, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen Schritt für
1051 Schritt reduziert. Wir GRÜNE erkennen unsere Aufgabe darin, attraktive
1052 Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, der Digitalisierung,
1053 flexibler Zeitarbeitsmodelle, guter Bildung und Ausbildung zu schaffen. Vom
1054 Handwerker bis zum Schiffsbauingenieur, ob an Uni, FH, Schule oder in der
1055 Ausbildung: Wir wollen, dass heute schon das Wissen für die Energiewende gelernt
1056 und erforscht wird und treten dafür in einen breiten Dialog ein (auch da, wo der
1057 Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch schaffen muss). So soll ein neuer
1058 Aufbruchs- und Unternehmergeist in Schleswig-Holstein entfacht werden: das Land als
1059 Heimat für nachhaltige Start-Ups.

1060 Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Wir haben im Wettbewerb um die besten
1061 und klügsten Köpfe einiges zu bieten in Schleswig-Holstein.

1062 Nach den Ergebnissen der Glücksforschung leben in Schleswig-Holstein die
1063 glücklichsten Menschen in ganz Deutschland. Zufriedenheit und Glück hat viel mit
1064 Lebensqualität, unversehrter Natur, gutem Leben, guter Arbeit aber auch mit guter
1065 Politik zu tun. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Life-Balance und
1066 Geschlechtergerechtigkeit sind für uns wichtige Politikfelder, die auch der
1067 Wirtschaft nutzen.

1068 **Gemeinsam anders wirtschaften**

1069 Der Marktanteil von nachhaltigen Produkten wächst. Viele Verbraucher legen Wert
1070 darauf, dass Produkte fair erzeugt werden, klimagerecht und langlebig sind.

1071 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen
1072 Marktwirtschaft, die wir weiter unterstützen. Wir setzen dabei auf bekannte und
1073 neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien,
1074 solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu
1075 Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie bringen neue Ideen voran, bei
1076 denen die Wertschöpfung häufig regional und in Form von sozialen Dienstleistungen
1077 erbracht wird.

1078 Schleswig-Holsteins Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen, heißt auch auf die
1079 Frauen zu zählen und zwar nicht nur als sogenannte „Stille Reserve“ im Kampf gegen
1080 den Fachkräftemangel. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umwertung des Begriffes Arbeit
1081 ein. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und
1082 pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmers (Carearbeit)
1083 fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.

1084 Wir setzen uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung
1085 für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir
1086 gestalten die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend, wie
1087 z.B. durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern
1088 zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von
1089 Gründerinneninitiativen sowie die Sicherung von "Frau und Beruf".

1090 Eine moderne Industriegesellschaft braucht Wissen und Innovation. Bereits heute
1091 gibt es rund um die Hochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck eine lebendige Start-
1092 Up-Szene. Wir wollen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um
1093 nachhaltige Unternehmensgründungen deutlich stärker und niedrighschwelliger als
1094 bisher zu unterstützen. Hierbei setzen wir auf die Schwerpunkte
1095 Informationstechnologie, ökologisch-gesellschaftlicher Wandel sowie Integration.

1096 Zudem wollen wir kreative Orte der Zusammenarbeit (CoWorking Spaces und FabLabs)
1097 und weitere Räume für die Vernetzung von Gründungsinteressierten schaffen, um ihre
1098 Zukunft aktiv zu gestalten. Des Weiteren wollen wir Bibliotheken, Volkshochschulen,
1099 schulische Gemeinschaftsräume, leerstehende Gebäude zu solchen Orten umwandeln.

1100 **Nachhaltige Entwicklung stärken**

1101 Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium von
1102 Regierungs- und Verwaltungshandeln zu machen. Wohlstand und Lebensqualität können
1103 nicht mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden - wir
1104 wollen ein "grünes BIP". Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und
1105 neben dem BIP auch den ökologischen Fußabdruck, die Verteilung und die
1106 Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen.

1107 Nachhaltigkeit wird häufig als politisches Feigenblatt verwendet, um problematische
 1108 Entwicklungen zu verstecken. Damit werden wir in der Landesregierung Schluss
 1109 machen. Wir verhalten uns nur dann nachhaltig, wenn unser gesamtes Handeln sowohl
 1110 die Bedürfnisse der heutigen Generation als auch die von unseren Kindern und Enkeln
 1111 berücksichtigt. Diese Maxime wird die Leitlinie unserer Politik in der neuen
 1112 Landesregierung sein. Ein mit Bürger*innen besetzter Nachhaltigkeitsbeirat soll uns
 1113 dabei unterstützen.

1114 Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze,
 1115 Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Dieser muss auch die
 1116 internationalen Folgen widerspiegeln.

1117 **Handwerk hat grünen Boden**

1118 Handwerker und kleine mittelständische Betriebe sorgen für wirtschaftliche
 1119 Stabilität, gerade in Krisenzeiten. Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in
 1120 vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres
 1121 Alltagslebens wie kaum eine andere soziale Gruppierung. Handwerker setzen unsere
 1122 Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren
 1123 intelligente Netze. 16.000 Menschen arbeiten schon heute allein in Schleswig-
 1124 Holstein im Bereich der Erneuerbaren. Wir wollen daraus 20.000 machen.
 1125 Das Handwerk ist für uns auch ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von
 1126 Fachkräften und der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Um letzteres
 1127 leisten zu können, benötigen sie entsprechende Unterstützung, wie sie mittlerweile
 1128 auch bereits von den Willkommenslots*innen der Handwerkskammern geleistet wird. Die
 1129 Fortführung von Projekten wie "Mehr Land in Sicht", "Passgenaue Besetzung" u.ä. als
 1130 Antwort auf die anstehenden Herausforderungen für Handwerksbetriebe befürworten
 1131 wir.

1132 Wir wollen die kleineren und mittleren Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein
 1133 unterstützen, damit sie ihre Qualitätsstandards und -anforderungen umsetzen können.
 1134 Handwerksbetriebe werden wir durch E-Government von unnötiger Bürokratie entlasten.

1135 Außerdem wollen wir Handwerksbetrieben die regionale Vermarktung erleichtern. Sie
 1136 brauchen eine bessere Beratung und eine gut verzahnte Förderung, damit sie
 1137 Förderprogramme im Land besser nutzen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise
 1138 Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und
 1139 besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können. Deshalb setzen wir auf
 1140 Regionalität und wollen die Möglichkeit, kleine und mittelständische Produzenten
 1141 aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

1142 **Neue Industriepolitik für Schleswig-Holstein**

1143 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Energie aus erneuerbaren Quellen
 1144 ist zur Genüge im Land vorhanden. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für eine
 1145 nachhaltige Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Industrie 4.0, die Wirtschaft im
 1146 digitalen Zeitalter, steht dabei für optimierte Produktions- und Prozessabläufe mit
 1147 Hilfe digitaler, intelligenter Systeme. Dies sollte möglichst auf Grundlage von
 1148 anonymen oder anonymisierten Daten geschehen. Wir unterstützen die Idee eines
 1149 Kompetenzzentrums Industrie 4.0 und werden die Vernetzung und Weiterqualifikation
 1150 der Akteur*innen vorantreiben.

1151 Wenn viel erneuerbarer Strom erzeugt wird, weil der Wind gleichmäßig über das Land
 1152 weht, kann eine Fabrik die zur Produktion benötigte Wärme günstiger mit Strom als
 1153 aus Erdgas erzeugen. Elektrofahrzeuge laden ihre Akkus günstig auf, im gut
 1154 gedämmten Haus läuft die Wärmepumpe: Das Ganze wird durch Preissignale gesteuert,

1155 so dass Strom dann verbraucht wird, wenn er günstig ist – wenn er also in großen
1156 Mengen verfügbar ist. Die Einbindung der privaten Haushalte in die intelligente
1157 Steuerung des Energieverbrauchs startet bei den Haushalten mit großem Verbrauch, in
1158 besonders geeigneten Quartieren und bei denen, die aus Überzeugung Lust haben
1159 mitzumachen. Über die Ausstattung mit intelligenten Zählern und Tarifen können alle
1160 ihren Teil dazu beitragen, dass der erneuerbare Strom optimal genutzt und Geld
1161 gespart wird. Intelligente Netze sorgen für günstigen Strom und Komfort.

1162 Wir suchen das Gespräch mit den großen internationalen IT-Unternehmen, um sie von
1163 den attraktiven Standorten an unserer Westküste zu überzeugen.

1164 **Neue Steuerungsmodelle für das Stromnetz ermöglichen**

1165 Erneuerbar erzeugter Strom, der wegen fehlender Leitungen nicht ins Stromnetz geht,
1166 stellt eine erhebliche Vergeudung von Ressourcen dar. Hier braucht es neue
1167 Marktmodelle, mit denen dieser Strom anderweitig genutzt werden kann. Mit den
1168 Betrieben, die zuschaltbare Verbraucher wie Wärme- oder Kälteerzeuger nutzen, und
1169 mit den Erzeugern erneuerbarer Energien, wollen wir neue Steuerungs- und
1170 Bezahlmodelle entwickeln, wie auch mit einem schwankenden Stromangebot
1171 wirtschaftlich sinnvoll umgegangen werden kann. So reißen wir die Mauern zwischen
1172 den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität ein. Deshalb setzen wir uns in Berlin laut und
1173 nachhaltig dafür ein, sinnvolle Erprobungsregelungen für das Land Schleswig-
1174 Holstein zu ermöglichen. Wir haben nicht zu viel erneuerbaren Strom, wir müssen ihn
1175 nur in die Bereiche bringen, die heute noch Öl oder Kohle verbrennen.

1176 **Die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln**

1177 Wir haben die Weichen für Wärmewende, Speicher, Power-to-X (mit Strom Wasserstoff
1178 oder Wärme erzeugen) in der vergangenen Wahlperiode gestellt. In der nächsten
1179 wollen wir die Technologie breit zum Einsatz bringen und den Anwendungsbereich
1180 weiter ausdehnen. Dazu gehört auch, Innovationen den Weg zu ebnen. Wir wollen
1181 erneuerbare Wärme deutlich schneller zubauen, wie bisher. Das wird Wertschöpfung
1182 und Arbeitsplätze im Norden schaffen. Wir sehen gute Chancen, die Westküste, an der
1183 es viel Windstrom gibt, zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu
1184 entwickeln. Das IZET in Itzehoe, mittelständische Unternehmen zwischen Brunsbüttel
1185 und Niebüll sowie große Industriebetriebe haben vielversprechende Projekte
1186 vorbereitet, deren Umsetzung wir sichern werden.

1187 So wollen wir unsere Standortvorteile wie bei der Energiewende auch bei der
1188 Industriegewende nutzen. Dabei spielt für uns der Wirtschaftsraum Brunsbüttel als
1189 zukünftiger Knotenpunkt der Erneuerbaren Energien und Verbraucher- und
1190 Verteilungsschwerpunkt eine besondere Rolle. Das gilt sowohl für Raffinerien, als
1191 auch für die industriellen Verbraucher.

1192 In der kürzlich aus der Taufe gehobenen Innovationsallianz NEW 4.0 (Norddeutsche
1193 EnergieWende) arbeiten mehr als 50 Unternehmen ganz vorn in der Energie-Forschung
1194 mit. Bei dem Projekt geht es um die durchgehende Sicherstellung der
1195 Energieversorgung auch bei hohem Anteil erneuerbarer Energie – um die
1196 „intelligente“, gleichzeitige Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung
1197 erneuerbarer Energie. Und es zielt auch auf die Entwicklung von Anreiz- und
1198 Marktmodellen für alle Marktteilnehmer (regulatorischer Rahmen), die Energie
1199 produzieren, verteilen oder verbrauchen. Uns ist klar, dass wir das EEG
1200 (Erneuerbare Energien Gesetz) weiterentwickeln müssen. Dieses Projekt ist ein gutes
1201 Beispiel für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein
1202 und Hamburg, die wir weiter stärken wollen. Die Ergebnisse von NEW 4.0 werden wir

1203 in politisches Handeln übersetzen. Hierfür wollen wir auch Fördermittel aus der EU
1204 in den Norden holen.

1205 **Zugang zu schnellem Internet für Alle**

1206 Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Schleswig-
1207 Holstein liegt mit rund 25 Prozent anschlussfähiger Haushalte an Glasfaser bereits
1208 jetzt vorn im Vergleich der Bundesländer. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis
1209 zum Jahr 2030 alle Haushalte an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie
1210 anzubinden. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir 70 Prozent
1211 erreicht haben. Übergangstechnologien, wie Richtfunk oder Vectoring (Ertüchtigung
1212 vorhandener Kupferkabel), sollen dabei nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Um
1213 den Ausbau des Glasfasernetzes durch private Investoren zu unterstützen, werden wir
1214 Schulen, Polizeistationen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und andere
1215 öffentliche Einrichtungen an das schnelle Netz anschließen. Im Bund drängen wir
1216 auch weiterhin auf eine schnellstmögliche Absage an die Rechtsunsicherheit
1217 schaffende Störerhaftung beim Betrieb von WLAN-Netzen und Änderungen im
1218 Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Netz des Breitband- und
1219 Mobilfunknetzes besser schließen kann. Die Finanzierung kann u.a. durch den Verkauf
1220 der Telekomaktien aus Bundesbesitz erfolgen.

1221 Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen,
1222 um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Wir
1223 werden eine Initiative zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um
1224 mehr Wirtschaftskraft in den Norden zu locken.

1225 **Maritime Wirtschaft schafft blaues Wachstum**

1226 Schleswig-Holstein hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft.
1227 Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der marinen Aquakultur, der
1228 Biotechnologie oder dem Spezialschiffbau. Diese Bereiche wollen wir
1229 weiterentwickeln und zu einem Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen.

1230 **Starker Gesundheitsstandort**

1231 Schleswig-Holstein ist ein starker Gesundheitsstandort in der medizinischen
1232 Versorgung, zum Beispiel durch unser Universitätskrankenhaus (UKSH) in Kiel und
1233 Lübeck, in der Pflege oder der Reha. Viele Menschen verbringen hierzulande ihren
1234 Urlaub, um sich wieder fit zu machen. Oder sie ziehen ganz in unser schönes Land,
1235 um in Schleswig-Holstein ihren Ruhestand zu verbringen. Wir werden die
1236 Gesundheitswirtschaft weiter stärken und sie etwa bei der Suche und Ausbildung von
1237 Fachkräften unterstützen.

1238 **Nachhaltigen Tourismus ausbauen**

1239 Eine intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für den Tourismus in Schleswig-
1240 Holstein. Die Vielfalt unserer Landschaft sowie die Strände an Nord- und Ostsee
1241 sind der Grund für viele Menschen, ihren Urlaub hier zu verbringen. Die
1242 Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich,
1243 ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten.

1244 Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus“. Energetische
1245 Sanierungen und Modernisierungen von Beherbergungsbetrieben fördern wir weiter.
1246 Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und
1247 ökologischen Konzepten besonders unterstützen, ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit
1248 oder eine landesweite Zertifizierung zum Beispiel können wirksame Instrumente sein.

1249 Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte, Radfahren (bed and bike),
1250 Wandern, Reiten, Sport und Kultur sollen zielgruppenunabhängig unterstützt werden.

1251 Die vorhandenen Strukturen des Tourismus-Marketings für Land und Regionen wollen
1252 wir zwar weiterhin unterstützen, sehen jedoch, dass der digitale Wandel die
1253 Marketingstrukturen in der Zukunft stark verändern wird. Die hierdurch entstehenden
1254 Chancen wollen wir nutzen.

1255 Die Tourismusstrategie des Landes hat bisher sehr auf quantitatives Wachstum
1256 gesetzt. Die Weiterentwicklung des Tourismus geht aber nur im Einklang mit der
1257 Natur.

1258 Wichtig ist uns auch eine moderne und vernetzte Mobilität vor Ort. Dazu gehören
1259 Elektromobilität, E-Carsharing, Verkehrsreduzierung in den Tourismusorten, gute
1260 Gepäck- und Fahrradbeförderung, öffentlicher Nahverkehr, vor allem einfache und
1261 attraktive Tarife.

1262 **Ein Arbeitsmarkt für Alle!**

1263 Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der
1264 allen Menschen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet.
1265 Errungenschaften, wie z.B. der Mindestlohn, dürfen nicht aufgeweicht werden.
1266 Migrant*innen muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Um dies
1267 alles zu erreichen, braucht es vielfältiger Unterstützungsprogramme und Maßnahmen,
1268 für Neuzugewanderte auch in Kombination mit Sprachförderung. Ziel ist es,
1269 bürokratische Hürden abzubauen und Regelsysteme zu ertüchtigen.

1270 **Neue und gerechte Arbeit in Schleswig-Holstein**

1271 Die „schöne neue Arbeitswelt“ verunsichert uns gleichermaßen, wie sie uns
1272 fasziniert. Der Strukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit und auch
1273 in Schleswig-Holstein immer mehr und läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein.
1274 Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die
1275 Arbeitswelt drastisch. Darum wird sich die Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre
1276 drehen. Arbeit soll im Bestfall produktiv sein und machen, soll fordern und
1277 erfüllen, heraus-, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung,
1278 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und
1279 Geschlechtergerechtigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein zunehmend wichtige
1280 Aspekte. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie das Angebot an
1281 Hochschulstudiengängen müssen wir stärker auf den Wandel der Arbeitswelt
1282 ausrichten. Dieser Wandel wird aber besondere Anforderungen an die soziale
1283 Gerechtigkeit stellen. Gute Arbeit hat auch viel mit gerechten Löhnen zu tun. Mit
1284 unserem Landesmindestlohngesetz sind wir bundesweit Vorreiter für eine faire
1285 Lohnpolitik. Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn.

1286 **Wirtschaft@Digital**

1287 Wir unterstützen auch weiterhin den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots sowie den
1288 Ausbau des LTE-Mobilfunks. Die Freifunkinitiativen wollen wir unter anderem durch
1289 die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin unterstützen. Für den neuen G5-
1290 Mobilfunkstandard werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und den
1291 Ausbau des Glasfasernetzes weiter vorantreiben.

1292 Die Wirtschafts- und Technologieförderung Schleswig-Holstein (WTSH), die
1293 Investitionsbank und die EU-Förderprogramme sollen viel stärker auf Digitalisierung
1294 ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass neue
1295 Technologien – wie das autonome Fahren, der Gütertransport per Drohne oder die

1296 Fernbehandlungen in der Medizin – durch gute rechtliche Rahmenbedingungen, die auch
 1297 Antworten auf die zahlreichen ethischen Fragestellungen (z. B. beim Datenschutz
 1298 oder bezüglich Haftungs- und Zulassungsfragen)geben, flankiert werden.

1299 Wir sehen die enormen Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft, wir kümmern
 1300 uns aber auch um die Risiken. So sind Unternehmen und Arbeitnehmer im digitalen
 1301 Wettbewerb zu schützen. Urheberrechte, Datenschutz, Meinungs- und
 1302 Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Unsere Digitale Agenda wird gemeinsam
 1303 mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und all denjenigen, die
 1304 sich in diesen Prozess einbringen wollen, gemeinsam weiterentwickelt.

1305 Die Arbeitswelt im Digitalen Zeitalter bietet ebenfalls Chancen und Risiken. Wir
 1306 werden dafür kämpfen, dass unsere sozialen Standards auch im digitalen Zeitalter
 1307 erhalten bleiben. Die Digitalisierung und Automatisierung dürfen nicht in erster
 1308 Linie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden, sondern sie
 1309 müssen die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, den
 1310 Verlust von Arbeitsplätzen und eine daraus resultierende Umverteilung von arm nach
 1311 reich wollen wir mit einer kritischen Technologiefolgenabschätzung thematisieren.
 1312 Wir werden die gesellschaftliche Debatte über die ethischen Folgen der
 1313 Automatisierung vertiefen. Eine Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und das Umgehen
 1314 von mühsam erkämpfter Regeln lehnen wir ab und setzen uns für eine den digitalen
 1315 Realitäten angepassten Beschäftigtendatenschutz ein. Die vielfältigen Möglichkeiten
 1316 der Digitalisierung in der Arbeitswelt, zum Beispiel hinsichtlich einer
 1317 flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung und die vielen Potenziale für
 1318 neue Ideen und neue Wertschöpfung wollen wir nutzen.

1319 **Auf den Punkt**

- 1320 • *Wir werden* eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- 1321 • Gründungsgeist beflügeln und Start Ups fördern,
- 1322 • uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen,
- 1323 • die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren,
- 1324 • ein schnelles Glasfasernetz aufbauen,
- 1325 • die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln,
- 1326 • Maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen,
- 1327 • Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000
- 1328 steigern,
- 1329 • einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.

1330 **Verkehrswende / Nachhaltigkeit voranbringen - mit gut** 1331 **ausgebautem und bedarfsorientiertem Nahverkehr und vernetzten** 1332 **Mobilitätsangeboten**

1333
 1334 Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Wir werden für
 1335 eine Verkehrswende sorgen. „Starke Linien“ und „Flexible Bedienung vor Ort“
 1336 vereinen die Individualität von Autos und Zweirädern mit den Vorzügen von Zug und
 1337 Bus. Das macht den ÖPNV attraktiv und verringert sowohl die Emissionen als auch den
 1338 Ressourcenverbrauch. Das ist gut für die Menschen und schützt das Klima. Den

1339 Individualverkehr modernisieren wir mit modernen Konzepten wie E-Bikes, Carsharing
 1340 und Elektromobilität. Mit innovativen Mobilitäts-Apps, attraktiven Tarifen und
 1341 Angeboten in Stadt und Land machen wir Schleswig-Holstein mobil.

1342 **Strukturen für E-Mobilität ausbauen**

1343 Wir wollen in Schleswig-Holstein zeigen, wie Elektromobilität und autonomes Fahren
 1344 funktionieren kann. Entsprechende Ankündigungen hat es genug gegeben. Wir werden
 1345 uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht – mit
 1346 mehr Dienstfahrzeugen im Elektrobetrieb und E-Tanksäulen an öffentlichen
 1347 Einrichtungen. In den Tourismusorten wollen wir uns ein Beispiel an der Schweiz
 1348 nehmen und eine Teststrecke für elektrische, autonome Shuttle-Busse einrichten.
 1349 Sicherheit hat hier für uns oberste Priorität.

1350 In den vergangenen Jahren hat die von uns getragene Landesregierung damit
 1351 angefangen, ein Ladenetz auch mit öffentlichen Geldern aufzubauen. Jetzt geht es
 1352 darum, neben privaten E-Mobilen ein intelligentes Verkehrssystem zu installieren,
 1353 das unsere Innenstädte vom Verkehr entlastet und im ländlichen Raum eine
 1354 hochflexible Mobilitätsinfrastruktur bereithält.

1355 Bereits heute sind in jeder Straße zahlreiche Elektroanschlüsse vorhanden, die zu
 1356 Ladestationen für Elektrofahrzeuge umgerüstet werden können: die Straßenlaternen.
 1357 Wir wollen prüfen, wie das Land dazu beitragen kann, Straßenlaternen zu Ladesäulen
 1358 umzurüsten. So könnte schnell und günstig ein flächendeckendes Ladenetz entstehen,
 1359 das gleichzeitig als Energiespeicher für Strom zu nutzen ist.

1360 **Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden**

1361 *Text von Phillip mit neuen Zahlen für E-Busse*

1362 **Sozialverträgliche Transformation Der Mobilität**

1363 Wir wollen Wege finden, die Landesbauordnung dahingehend zu erweitern, dass
 1364 zukünftig bei Neu- und Erweiterungsbauten eine sinnvolle Anzahl Schnellladesäulen
 1365 für die Elektromobilität eingerichtet werden können.

1366 Dies ist für eine sozialverträgliche Transformation der Mobilität unverzichtbar;
 1367 die Nutzung von E-Mobilen darf kein Privileg von Eigenheimbesitzern sein.

1368 Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz und auch im Umfeld touristischer Angebote sind
 1369 ebenfalls wichtig, um die Elektromobilität voran zu bringen.

1370 **Vernetzte Mobilität – wir wollen das Land bewegen**

1371 Unsere Vision von Mobilität ist, dass alle Verkehrsmittel - also Busse, Bahnen und
 1372 Autos - in Schleswig-Holstein vernetzt und zusammen nutzbar sind. Anbieter sollen
 1373 ihre Verkehrsdaten - dazu gehören auch freie Plätze in PKWs - und Preise für die
 1374 von ihnen bedienten Strecken und Zeiten freigeben – ein onlinebasiertes und an den
 1375 Erfordernissen der Nutzer*innen ausgerichtetes Netzportal bündelt dann die Angebote
 1376 und berechnet die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten. Wir werden den Rahmen
 1377 setzen, damit die verschiedenen Mobilitätsanbieter untereinander stärker
 1378 zusammenarbeiten. Mobilitätsangebote sollen aufeinander abgestimmt sein und sich so
 1379 insbesondere auch bei Ausfällen flexibel ergänzen. So erreichen wir, dass weniger
 1380 Menschen alleine oder zu zweit im Auto fahren.

1381 **Lebenswerte Städte sind für Alle da**

1382 Derzeit werden viele Städte durch den Autoverkehr dominiert. Breite Straßen, große
 1383 versiegelte Flächen, die ausschließlich durch parkende Autos genutzt werden, Lärm,

1384 Abgase, Staus, Parkplatzknappheit und zugeparkte Gehwege prägen häufig das Leben in
1385 unseren Städten.

1386 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Innenstädte wieder lebenswerter werden,
1387 und den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum in der Stadtgestaltung geben.
1388 Dafür soll das Land starke Anreize setzen: für mehr
1389 Carsharing, Fahrradverleihsysteme, autofreie und verkehrsberuhigte Zonen, sinnvolles
1390 Parkraummanagement, Begegnungs- und Spielzonen, einen Zuwachs an Grünflächen sowie
1391 familien- und seniorengerechtere Stadträume, die für alle da sind.

1392 **Mobilität ohne Lärm**

1393 Bislang prägt der Lärm von Autos, Lastwagen, Flugzeugen und auch des
1394 Schienenverkehrs unsere Wahrnehmung von Mobilität. Konsequenter Lärmschutz steht
1395 für uns Grüne daher im Vordergrund, dazu gehört in erster Linie Verkehrsvermeidung,
1396 aber auch mit Tempolimits und Flüsterasphalt auf der Straße, Lärmsanierung an
1397 bestehenden Bahnstrecken, Lärmpausen an Flughäfen. Bei Lärmsanierungen müssen
1398 endlich auch dieselben Grenzwerte wie beim Neubau gelten, denn einen
1399 Gewöhnungseffekt gibt es nicht beim Lärm.

1400 Am Hamburger Flughafen hat sich gezeigt, was eine Lärmpause in der Nacht bewirken
1401 kann – wenn sie konsequent eingehalten wird. Auch der Verkehr ist nicht
1402 zusammengebrochen, wie die Luftverkehrswirtschaft vorher behauptet hatte. Wir
1403 werden uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen für den Hamburger Flughafen
1404 deutlich eingeschränkt werden und tatsächlich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Ruhe in den
1405 Einflugschneisen über Schleswig-Holstein herrscht.

1406 **Den Ländlichen Raum erfahren**

1407 Mehr als 90 Prozent von Schleswig-Holstein sind ländlich geprägt. Auf dem Land wird
1408 das Auto auch in Zukunft wichtigstes Verkehrsmittel sein. Wir verfolgen das Ziel,
1409 Autofahren umweltfreundlicher zu machen. Dort sind heute das Auto und Zweirad die
1410 wichtigsten und leider allzu häufig einzig verfügbaren Verkehrsmittel. Hinzu kommen
1411 die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum. Auch Menschen
1412 mit Mobilitätseinschränkungen und dem Wunsch nach einem Verzicht auf das Auto
1413 brauchen einen bedarfsgerechten, öffentlichen Nahverkehr. Um das Angebot neu
1414 aufzustellen müssen flexible Angebote wie Anruf-Sammeltaxis, Bürger*innenbusse oder
1415 Rufbusse weiter entwickelt werden.

1416 Um den Anteil an E-Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen, wollen wir außerdem die
1417 öffentliche Infrastruktur anpassen und zum Beispiel mit dem „Modellprojekt Digitale
1418 Bundesstraße 5“ testen. An den Verbindungsknoten von Straßen, Bahnhöfen und
1419 Bushaltestellen des öffentlichen Verkehrs brauchen wir mehr Park-und-Ride Plätze
1420 und Mobilitätsstationen, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu
1421 erleichtern. Wir werden auch weiterhin dafür werben, die
1422 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel einzusetzen, um die notwendige Verkehrswende zu
1423 beschleunigen.

1424 **Das Fahrradfahren voranbringen**

1425 Besonders im lokalen Radius von null bis fünf Kilometern ist für den alltäglichen
1426 Verkehr etwa zur Arbeit, (Hoch-) Schule und Ausbildungsstätte hohes
1427 Steigerungspotential vorhanden. Für das betriebliche Mobilitätsmanagement spielen
1428 Fahrrad und Pedelec eine wichtige Rolle. Untersuchungen haben zudem ergeben, dass
1429 radfahrende Mitarbeiter*innen seltener krank sind. Daher wollen wir landeseigene
1430 Dienstwagen um Dienstrad und Pedelec ergänzen sowie Einrichtungen und Unternehmen

1431 beim Aufbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen oder auch Fahrradboxen
1432 unterstützen, um ihre Mitarbeiter*innen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

1433 Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb geschlossener Ortschaften geschützte
1434 Fahrradwege / geschützte Radverkehrsanlagen/ Fahrradstreifen auf Straßen, je nach
1435 den örtlichen Begebenheiten, eingerichtet und Verkehrsampeln mit Fahrradampeln
1436 ausgerüstet werden. Die geplante Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur
1437 Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein - die RAD.SH – werden wir
1438 in dem dafür notwendigen Umfang unterstützen.

1439 Mit Pedelecs (E-Fahrrädern) können auch in unserem Hügelland und bei häufigem
1440 Gegenwind im ländlichen Raum mehr Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden.
1441 Menschen, denen die Nutzung von Fahrrädern zu beschwerlich ist, gewinnen mit
1442 Pedelecs unter Umständen neue Mobilität. Vorausgesetzt, wir stellen gut ausgebaute
1443 und sichere Wege zur Verfügung und bieten sichere Abstellplätze. Dafür werden wir
1444 den Radwegeausbau außerörtlich weiter voranbringen und die landeseigene
1445 Infrastruktur mit Ladestationen und Abstellboxen für E-Fahrräder ausstatten.

1446 Das überörtliche Radwegenetz soll im Sinne des landesweiten Radverkehrsnetzes
1447 vervollständigt werden. Vorhandene Radwege werden saniert. Neue Radschnellwege sind
1448 zu bauen und sinnvoll an Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und
1449 Dänemark anzubinden. Wir wollen durch Gesetzesänderung dafür sorgen, dass
1450 Radschnellwege (nach dem Vorbild von NRW) Landesstraßen sein werden. Wir setzen uns
1451 für Mindeststandards, wie die ERA 2010, ein. Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme
1452 in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Bei Ausschreibungen von
1453 Nahverkehrsstrecken sollen folgende Serviceleistungen verpflichtend festgeschrieben
1454 werden: die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr außerhalb der
1455 Berufsverkehrszeiten und der Einsatz von Waggons mit breiten hindernisfreien
1456 Einstiegen zum schnellen und einfachen Ein- und Ausladen von Fahrrädern.

1457 **Elektrifizierungskampagne für die Bahn - "Netz 25+"**

1458 Nur, wenn wir die Energiewende auch auf der Schiene einleiten, werden wir die
1459 Klimaschutzziele erreichen. Mit Dieselloks und Dieseltriebwagen ist das nicht zu
1460 leisten: Die Umstellung auf Elektroantrieb aus erneuerbaren Energien steht an.

1461 Dazu haben wir das Konzept "Netz 25+" entwickelt. "Netz 25+" will die Energiewende
1462 auf die Schiene bringen. Wir setzen uns im Rahmen dieses Konzeptes für eine
1463 Elektrifizierungskampagne des gesamten Schienennetzes in Schleswig-Holstein ein und
1464 werden bei Bedarf auch ergänzende Landesmittel zur Verfügung stellen. So können wir
1465 schneller, leiser und umweltgerechter mit der Bahn unterwegs sein.

1466 Wir wollen nicht nur Oberleitungen bauen. Elektrifizierung der Strecken ist nicht
1467 überall wirtschaftlich realisierbar. Dort könnten in Zukunft innovative und
1468 klimagerechte Antriebe zum Einsatz kommen, z.B. Triebwagen, bei denen
1469 Brennstoffzellen mit Wasserstoff elektrischen Strom an Bord erzeugen. Gerade
1470 Wasserstoff lässt sich im Vorzeige-Land der Energiewende aus Windkraft
1471 umweltfreundlich gewinnen.

1472 Wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Bahnhöfe mit Solarenergie der
1473 Bahnsteigüberdachungen versorgt werden.

1474 **Ausbau von Schienenstrecken und von S-Bahnen im Hamburger Rand**

1475 Im Hamburger Rand hat der Ausbau der S- und U-Bahn-Strecken für uns weiterhin
1476 höchste Priorität. Wir wollen die S 21 im Norden Richtung Kaltenkirchen und im
1477 Süden Richtung Geesthacht ausbauen. Die Netzerweiterung mit der S 4 zwischen Bad

1478 Oldesloe und Pinneberg/Elmshorn (mit einem zusätzlichen Gleis) ist für eine
 1479 klimafreundliche Mobilität in der Metropolregion Hamburg unverzichtbar. In
 1480 Norderstedt wollen wir die U 1 ausbauen.

1481 Wir setzen uns dafür ein, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Die
 1482 vielerorts veraltete Infrastruktur (Signal-, Gleis- und Steuerungstechnik) muss
 1483 modernisiert und eingleisige Streckenabschnitte sollen um ein weiteres Gleis
 1484 erweitert werden. Diese Engpässe wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch
 1485 auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können
 1486 und so Menschen schneller ans Ziel bringen.

1487 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1488 auf der Schiene, konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern.
 1489 Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem für Qualitätsmerkmale wie freies
 1490 WLAN, mitsamt ausreichend Steckdosen und eine Erhöhung der Zahl von
 1491 Zugbegleiter*innen einsetzen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1492 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1493 Wir machen uns weiterhin für den Ausbau des Schienenverkehrs in Ballungsräumen
 1494 stark. Deshalb werden wir dafür streiten, die Option im Landesnahverkehrsplan zu
 1495 nutzen und bei der Ausschreibung des Bahnnetzes den Einstieg in einen S-Bahn-
 1496 Betrieb in der Region Lübeck ab 2019 zu sichern. Es ist ein getakteter Betrieb auf
 1497 vorhandener Infrastruktur und eine Anbindung an benachbarte S-Bahnsysteme
 1498 anzustreben.

1499 Wir wollen auch, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Dazu ist die
 1500 Infrastruktur auszubauen. Die Signaltechnik ist stellenweise veraltet, stammt aus
 1501 dem vorherigen Jahrhundert. Ganze Strecken sind teilweise nur eingleisig. Diese
 1502 Engstellen wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken
 1503 sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen
 1504 schneller am Ziel ankommen.

1505 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1506 auf der Schiene konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen
 1507 Weg gehen wir weiter und werden vor allem die im Zeitalter des Smartphones
 1508 relevanten Qualitätsmerkmale wie freies WLAN auch in der 2. Klasse anbieten,
 1509 mitsamt ausreichend Steckdosen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1510 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1511 Gegenüber dem Bund werden wir initiativ, damit wir Schienennebenstrecken kaufen und
 1512 mit einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft selbst ausbauen, elektrifizieren
 1513 und betreiben können. Gerade die stillgelegten Strecken wie Geesthacht -
 1514 Nettelburg, Wrist – Kellinghusen, Rendsburg – Fockbek, Neumünster – Plön und
 1515 Flensburg – Niebüll bieten sich dafür an.

1516 **Nord-Tarifverbund - transparent, durchlässig, günstig**

1517 Wir wollen den komplizierten und ungerechten Tarifschunzel in Schleswig-Holstein
 1518 mit **NAH.SH** und HVV lichten. Dafür wollen wir zügig durch Verhandlungen mit Hamburg
 1519 und Niedersachsen einen gemeinsamen, transparenten Nordtarif mit durchgängigen
 1520 Fahrkarten schaffen. So bringen wir die verschiedenen Anforderungen unserer
 1521 Metropolen und unserer ländlichen Räume an den öffentlichen Nahverkehr zusammen.
 1522 Wir wollen für verschiedene Nutzer*innengruppen wie z.B. Pendler*innen,
 1523 Studierende, Auszubildende, Tourist*innen oder sozial benachteiligte Gruppen
 1524 passgenaue Angebote schaffen. Wir streben an, dass alle BahnCards auch in
 1525 Schleswig-Holstein vollumfänglich anerkannt werden.

1526 In einem weiteren Schritt kann es richtig norddeutsch werden. Wir können den
1527 Verbund auf Bremen Mecklenburg-Vorpommern und ganz Niedersachsen erweitern.

1528 Außerdem werden wir die Grundlagen für neue Finanzierungsmodelle im Nahverkehr
1529 prüfen. Dazu gehören im ersten Schritt solidarische Finanzierungsmodelle wie z.B.
1530 das Semesterticket.

1531 Unsere langfristige Vision ist, das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen
1532 und einen kostenlosen ÖPNV in ganz Schleswig-Holstein anzubieten. Der Zugang zu
1533 Mobilität entscheidet mehr denn je über gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig
1534 erhöht ein kostenloser Nahverkehr die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes
1535 Schleswig-Holstein.

1536 **Erhalt vor Neubau – Digitale Infrastruktur für die Straße mitplanen**

1537 Der Erhalt unserer Infrastruktur ist für uns Grüne eine wichtige politische
1538 Aufgabe. Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Kaputte
1539 Straßen und Brücken, alte Schienen und Signaltechniken müssen saniert werden. Das
1540 Problem: die Hauptbelastenden der Infrastruktur (wie schwere Lastkraftwagen) sind
1541 nicht in dem Umfang zur Finanzierung herangezogen, wie sie auf Bundes, Landes- und
1542 Kreisstraßen zur Abnutzung beitragen. Wir werden uns daher auf Bundesratsebene
1543 dafür einsetzen, die LKW-Maut künftig auf allen außerörtlichen Straßen zu erheben.
1544 Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind auf Kante genäht, und der Bund steht
1545 nicht ausreichend zu seiner Finanzierungsverantwortung. Für uns gilt bei der
1546 Infrastruktur der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

1547 Wir haben die Planungen für die A 20 mitgetragen, obwohl wir nach wie vor überzeugt
1548 sind, dass die Bedarfsprognosen einen Neubau dieser Strecke nicht rechtfertigen.
1549 Aber die Entscheidung über den Fortbau der A 20 fällt in Berlin. Der
1550 Bundesverkehrswegeplan hat diese Straße erneut hoch priorisiert. Nur eine andere
1551 Bundesregierung und eine andere Verkehrspolitik kann das ändern. Wir haben mit
1552 unserem Vorschlag „Der grüne Weg nach Westen“ deutlich gezeigt, wie die notwendige
1553 Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein unter Umgehung Hamburgs mit der A 20 und
1554 dem Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen sinnvoll realisiert werden kann. Diesen
1555 Weg wollen wir weitergehen.

1556

1557 Mit den Grünen wird es keinen Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien und von
1558 Bürgerrechten geben. Wir werden das Verbandsklagerecht im Naturschutz politisch
1559 verteidigen und uns dafür einsetzen, dass diese zivilgesellschaftliche
1560 Errungenschaft bewahrt bleibt.

1561 Die FFBQ lehnen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ab. Die
1562 Verkehrsprognosen rechtfertigen die notwendigen Finanzmittel in keiner Weise. Die
1563 Belastung für die Menschen im Hinterland (Ostholstein, Lübeck, Stormarn, Herzogtum
1564 Lauenburg) und die sensible Natur im Fehmarnbelt ist für uns unakzeptabel. Wir
1565 fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Ausstieg aus dem Staatsvertrages
1566 mit Dänemark einzusetzen.

1567 Für uns gilt die Maxime: Wenn der Bund neue Straßen in Schleswig-Holstein bauen
1568 will, dann muss mit Blick auf die Zukunft auch eine ergänzende digitale
1569 Infrastruktur mitgeplant werden. Für den Ausbau der B 5 setzen wir auf eine
1570 straßenbegleitende Funktechnik, um zukünftigen Ansprüchen an Verkehrsplanung
1571 gerecht zu werden sowie auf eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Mobile
1572 entlang der Strecke. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass keine individuelle
1573 Überwachung von Verkehrsteilnehmern möglich wird.

1574 **Verkehr auf dem Wasser voranbringen – Nord-Ostseekanal sanieren**

1575 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat auch eine Verantwortung für
 1576 seine Wasserstraßen. Sie sind für uns ein wichtiges Element zur ökologischen
 1577 Verkehrslenkung. Dafür brauchen wir gut ausgebauten Häfen. Wir wollen die
 1578 Liegezeiten verkürzen, die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, und vor
 1579 allem Schiffe mit sauberer Energie versorgen, insbesondere während der Liegezeiten.

1580 Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist und bleibt für uns die Wasserstraße mit höchster
 1581 politischer Priorität. Der NOK ist mit seinen angrenzenden Gewässern auch für den
 1582 Wassertourismus und die Entwässerung der Flächen von großer Bedeutung. Darum werden
 1583 wir mit dem Bund Lösungen suchen, wie diese Aufgaben gemeinsam sinnvoll umgesetzt
 1584 und finanziert werden können.

1585 Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für eine tragfähige
 1586 Hafenkooperation mit einem abgestimmten norddeutschen Hafenkonzept ein. Die Häfen
 1587 sollten sich nicht nur als Konkurrenten begreifen, sondern dafür sorgen, dass sie
 1588 jeweils ihre eigenen Stärken nutzen.

1589 Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch
 1590 problematisch und birgt erhebliche Risiken mit unkalkulierbaren finanziellen
 1591 Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse
 1592 und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe sowie
 1593 die Störung von Flora und Fauna im Fluss.

1594 **Saubere Antriebe für Schifffahrt und Marine**

1595 Der Betrieb von Schiffen mit Erdgas (liquefied natural gas, LNG) ist eine bessere
 1596 Option als der oft schmutzige Schiffsdiesel. Wir wollen die notwendigen
 1597 Rahmenbedingungen auf Verwaltungsebene schaffen, damit diese Schiffe auch in den
 1598 schleswig-holsteinischen Häfen betankt werden können. Perspektivisch soll der
 1599 Schiffsverkehr aber mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir werden prüfen,
 1600 welche Initiativen zu diesem Zweck angestoßen oder gefördert werden können.

1601 Als Marinestandort ist uns in Schleswig-Holstein der umweltfreundliche Betrieb der
 1602 Marineschiffe ein Anliegen. Sie sollten zumindest mit den modernsten und
 1603 umweltverträglichsten Antrieben ausgestattet werden. Dies werden wir gegenüber der
 1604 Bundesregierung einfordern.

1605 **Bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse stärken**

1606 Wir GRÜNE fordern mehr Landstromanschlüsse, insbesondere für unsere stark
 1607 frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Wir werden Möglichkeiten prüfen
 1608 und die besten davon umsetzen, um die Einrichtung und Nutzung von
 1609 Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und Flensburg insbesondere für
 1610 Kreuzfahrtschiffe zu erleichtern. Dazu gehört auch eine erneute Initiative auf
 1611 Bundesebene den Landstrom für Schiffe von der EEG-Umlage zu befreien. Diese
 1612 Maßnahmen sollen das Zieldreieck Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im
 1613 Bereich der Häfen bestmöglich zu realisieren und die Anwohner*innen und
 1614 Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu belasten.

1615 **Ja zur Traditionsschifffahrt**

1616 Als Bewohner*innen eines Touristiklands achten wir die Traditionsschifffahrt. Wir
 1617 werden uns weiter im Land und Bund dafür einsetzen, dass Traditionsschiffe die
 1618 gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten, die einen wirtschaftlichen Betrieb
 1619 gewährleisten.

1620 **Verkehr@Digital**

1621 Auf unserer Agenda steht eine landesweite Open-Data-Strategie.
 1622 Wenn wir zum Beispiel die Informationen öffentlich machen, wann welche Ampel rot
 1623 oder grün ist, können etwa Apps entwickelt werden, die zusammen mit den
 1624 Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs, Staumeldungen und Carsharing- und/oder
 1625 Mietrad-Verfügbarkeiten in Echtzeit das günstigste, schnellste und
 1626 klimafreundlichste Angebote ausweisen können. Mit den Verkehrsdaten des
 1627 Öffentlichen Nahverkehrs in Echtzeit werden Angebote zudem transparenter und
 1628 kundenfreundlicher. Die Digitalisierung ermöglicht es künftig, z.B. mit einem
 1629 Smartphone oder einer Chipkarte das Ein- und Aussteigen zu registrieren und die
 1630 Fahrkosten zum günstigsten Tarif am Monatsende abzurechnen. Wir setzen uns
 1631 gleichzeitig dafür ein, dass im fahrscheinlosen Nahverkehr ein anonymer Erwerb von
 1632 Fahrkarten und eine anonyme Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin möglich
 1633 bleibt.

1634 **Auf den Punkt**

- 1635 • *Wir werden* ein Schnellladernetz für E-Mobilität ausbauen,
- 1636 • mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes
 1637 ermöglichen,
- 1638 • im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende
 1639 einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel
 1640 vernetzen,
- 1641 • den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen,
- 1642 • die vernetzte Mobilität voranbringen,
- 1643 • den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten,
 1644 Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen,
- 1645 • unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten,
- 1646 • den Bau der S4 und S 21 im Hamburg Rand voranbringen,
- 1647 • den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln,
- 1648 • für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen,
- 1649 • sauberen Antrieb für Schiffe und Landstromanschlüsse in unseren Häfen
 1650 Flensburg, Kiel und Lübeck ermöglichen.